



Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Die Bedeutung eines soliden, wertebasierten Fundaments

Werte im heutigen Russland und der radikale Wertewandel im Westen

von Wladimir Putin, Präsident der Russischen Föderation

Wladimir Putin
(Bild TASS)

zf. Der Internationale Diskussionsklub «Waldai» ist ein seit 2004 alljährlich im Herbst in Russland stattfindendes, mehrtägliches internationales Treffen von Journalisten, Politikern, Wissenschaftlern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Die Plenartagungen beschäftigen sich mit der Aussen- und Innenpolitik Russlands, wobei jedes Jahr ein anderes Thema in den Mittelpunkt gestellt wird. Das diesjährige Thema war «Globaler Wandel im 21. Jahrhundert: Individuum, Werte und Staat». Auch dieses Jahr nutzte der russische Präsident Wladimir Putin am 21. Oktober die Gelegenheit für einen längeren Vortrag und eine anschliessende Diskussion mit dem Publikum. Wir dokumentieren aus dem diesjährigen Vortrag die Passagen, in denen der russische Präsident grundsätzliche Gedanken über die Werte und deren Geschichte in seinem Land und den Wertewandel in westlichen Ländern formuliert hat.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist, dass das Ausmass des Wandels uns alle zwingt, besonders vorsichtig zu sein, und sei es nur aus Selbsterhaltungstrieb. Qualitative Veränderungen in der Technologie oder radikale Veränderungen in der Umwelt oder der Zusammenbruch gewohnter Strukturen bedeuten nicht, dass die Gesellschaft und der Staat radikal reagieren müssen. Zerstören ist bekanntlich etwas anderes als aufbauen. Leider wissen wir in Russland das aus eigener Erfahrung sehr gut und haben es mehr als einmal erlebt.

Vor etwas mehr als 100 Jahren hatte Russland objektiv gesehen, auch im Zusammen-

hang mit dem damals noch andauernden Ersten Weltkrieg, ernste Probleme, aber nicht mehr als andere Länder, vielleicht sogar in geringerem Ausmass und weniger schwerwiegend, und hätte sie allmählich auf zivilisierte Weise überwinden können. Doch der revolutionäre Umbruch führte zu einem Zusammenbruch, zum Zerfall des grossen Landes. Die Geschichte wiederholte sich vor 30 Jahren, als ein potentiell sehr mächtiges Land den notwendigen flexiblen, aber notwendigerweise durchdachten Wandel nicht rechtzeitig in Angriff nahm und infolgedessen Dogmatikern aller Art zum Opfer fiel: Reaktionären und sogenannten Progressiven – alle haben daran gearbeitet, auf beiden Seiten.

«Keine Revolution war jemals den Schaden wert, den sie dem menschlichen Potential zugefügt hat»

Anhand dieser Beispiele aus unserer Geschichte können wir sicher sagen: Die Revolution ist nicht der Ausweg aus der Krise, sondern sie verschärft sie nur. Keine Revolution war jemals den Schaden wert, den sie dem menschlichen Potential zugefügt hat.

Drittens. In der heutigen zerbrechlichen Welt nimmt die Bedeutung eines soliden, moralischen, ethischen und wertebasierten Fundaments erheblich zu. Werte sind das Produkt der kulturellen und historischen Entwicklung eines jeden Volkes, und sie sind ein einzigartiges Produkt. Die gegenseitige Vermischung der Völker ist zweifellos bereichernd, Offenheit erweitert den Blick und ermöglicht ein anderes Verständnis der eigenen Tradition. Dieser Prozess sollte jedoch organisch sein und geht nicht schnell. Denn was fremd ist, wird immer abgelehnt, vielleicht sogar in harter Form. Versuche, unter unsicheren und unvorhersehbaren Bedingungen Werte zu diktieren, verkomplizieren eine ohnehin schon angespannte Situation weiter und führen in

der Regel zu einer Gegenreaktion und zum Gegenteil des erwarteten Ergebnisses.

Wir sind überrascht von den Prozessen, die sich in Ländern abspielen, die sich früher als Vorreiter des Fortschritts verstanden haben. Die sozialen und kulturellen Umwälzungen, die sich in den USA und Westeuropa abspielen, gehen uns natürlich nichts an; wir mischen uns da nicht ein. Irgendwer in den westlichen Ländern ist davon überzeugt, dass die aggressive Auslöschung ganzer Seiten der eigenen Geschichte, die «umgekehrte Diskriminierung» der Mehrheit zugunsten von Minderheiten oder die Forderung, das übliche Verständnis von so grundlegenden Dingen wie Mutter, Vater, Familie oder sogar dem Unterschied zwischen den Geschlechtern aufzugeben, dass das ihrer Meinung nach Meilensteine der Bewegung zur sozialen Erneuerung sind.

«Auf unsere geistigen Werte, auf die historischen Traditionen, auf die Kultur unseres Volkes stützen»

Wissen Sie, ich möchte noch einmal betonen, dass es ihr Recht ist, dass wir uns da heraushalten. Wir bitten sie nur, sich von unserem Haus fernzuhalten. Wir – oder korrekt ausgedrückt, die grosse Mehrheit der russischen Gesellschaft – haben eine andere Sichtweise und meinen, dass wir uns auf unsere geistigen Werte, auf die historischen Traditionen, auf die Kultur unseres multi-ethnischen Volkes stützen müssen.

Die Vordenker des sogenannten sozialen Fortschritts glauben, dass sie der Menschheit ein neues Bewusstsein bringen, ein Bewusstsein, das richtiger ist als vorherige. Und Gott mit ihnen, sollen sie – wie man bei uns sagt – mit der Fahne in der Hand voran stürmen. Aber wissen Sie, was ich sagen will: Die Rezepte, die sie anbieten, sind absolut nicht neu, das haben wir in Russland alles schon durchgemacht, auch wenn es man-

chem seltsam vorkommen mag, aber bei uns gab es das schon. Die Bolschewiken erklärten nach der Revolution von 1917, gestützt auf die Dogmen von Marx und Engels, auch, dass sie die gesamte gewohnte Lebensweise ändern würden, nicht nur die politische und wirtschaftliche, sondern auch die Vorstellung davon, was die menschliche Moral ist, die Grundlage für die gesunde Existenz der Gesellschaft. Die Zerstörung jahrhundertalter Werte, Überzeugungen, zwischenmenschlicher Beziehungen bis hin zur völligen Abschaffung der Familie – das gab es –, das Einschleusen und die Ermutigung zum Anschwärzen von Verwandten – all das wurde zum Fortschritt erklärt und fand übrigens damals in der Welt breite Unterstützung und war in Mode, genauso wie heute. Übrigens: Die Bolschewiken waren gegenüber anderen Meinungen auch vollkommen intolerant.

«In einer Reihe westlicher Länder stellen wir mit Erstaunen sowjetische Praktiken fest»

Das sollte uns – meiner Meinung nach – irgendwie an das erinnern, was wir jetzt erleben. Wenn wir uns ansehen, was in einer Reihe westlicher Länder geschieht, stellen wir mit Erstaunen sowjetische Praktiken fest, die wir selbst zum Glück hinter uns gelassen haben und die hoffentlich in der Vergangenheit bleiben. Der Kampf für Gleichheit und gegen Diskriminierung wird zu einem aggressiven Dogma am Rande der Absurdität, wenn die grossen Autoren der Vergangenheit – zum Beispiel Shakespeare – nicht mehr in Schulen und Universitäten gelehrt werden, weil sie, ihre Ideen, wie man glaubt, rückständig sind. Die Klassiker werden für rückständig erklärt, da sie die Wichtigkeit von Gender oder Rasse nicht

Fortsetzung auf Seite 2

Der Fall Assange entbehrt jeglicher rechtsgültigen Grundlage

von Eva-Maria Föllmer-Müller

Am 27. und 28. Oktober 2021 fand vor dem Londoner High Court der nächste Schritt in der Odyssee im Berufungsverfahren um die Auslieferung von Julian Assange in die USA statt.¹ Zahlreiche Unterstützer waren (wieder) vor Ort und forderten seine sofortige Freilassung.

Dieses Mal haben die USA der britischen Justiz vorgeworfen, sie sei bei der Beschlussfassung von falschen Annahmen bezüglich Assanges Gesundheitszustand ausgegangen. Im Januar 2021 hatte das Londoner Gericht das Auslieferungsbegehren mit der Begründung abgelehnt, der psychische Gesundheitszustand von Assange sei angegriffen und die Haftbedingungen, die ihn in den USA erwarteten, seien unzumutbar.

Der Anwalt der USA, James Lewis, brachte nun vor, Assange hätte allen Grund gehabt, bei seinen Symptomen zu übertreiben. Ausserdem hätten die USA zugesichert, bei einer Auslieferung in die USA keine «Spezialmethoden» anzuwenden, und in Aussicht gestellt, dass Assange, der Australier ist, seine Haftstrafe auch in einem australischen Gefängnis absitzen könne.

Der Anwalt von Julian Assange machte die kürzlich von Yahoo² veröffentlichten Anschlagpläne des CIA gegen ihn geltend: «Es wurde darüber geredet, Herrn Assange zu töten, zu entführen oder zu vergiften.»

Das Urteil wird in den kommenden Wochen erwartet. Dagegen kann dann nochmals

Berufung eingelegt werden. Bei einer Auslieferung drohen Assange nach dem US-Spionagegesetz von 1917, das wieder ausgegraben wurde, 175 Jahre Haft.

Viele Menschen weltweit setzen sich seit Jahren für Julian Assange ein. Wenn man sich die ganze Geschichte seit der Öffentlichmachung der US-Kriegsverbrechen durch WikiLeaks vor Augen führt, gleicht das einem Alptraum. Noch im Jahr 2010 hatten sich die Mainstream-Medien auf die Veröffentlichungen der Dokumente über Kriegsverbrechen im Irak (Collateral Murder) und in Afghanistan (Afghan War Diary) gestürzt; bald danach begann die Verfolgungsjagd auf Julian Assange: Flucht in die ecuadorianische Botschaft in London im Jahr 2012, ständige heimliche Überwachung durch die CIA, seine Entführung aus der Botschaft 2019, Isolationshaft, psychische Folter, Vergewaltigungsvorwürfe (zurückgenommen), der Meineid eines isländischen «Zeugen» (instrumentalisiert vom FBI) und vieles mehr. Politiker, Intellektuelle, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Völkerrechtler, Menschenrechtsorganisationen, Medienvertreter weltweit, Friedensnobelpreisträger, Familienangehörige von Assange – sie alle setzen sich für seine Freilassung ein – und es werden immer mehr ...

Einer von ihnen ist der Schweizer Nils Melzer, UN-Sonderberichterstatter für Folter und Rechtswissenschaftler. Vor kurzem äus-

serte er bei einem Vortrag an der Universität Zürich, das gesamte Vorgehen in diesem Verfahren sei grotesk. Dies alles spiele sich ja in demokratischen Rechtsstaaten ab und nicht etwa in autoritären Systemen. Die Integrität unseres rechtsstaatlichen Systems sei bedroht. Er machte auch darauf aufmerksam, dass sich die Diskussion seit 2010 immer mehr auf die Person von Julian Assange konzentriert habe und nicht mehr auf den eigentlichen Sachverhalt, die aufgedeckten Kriegsverbrechen und ihre rechtsstaatliche Verfolgung.

«Dieser ganze Fall entbehrt aus juristischer Sicht einer rechtsgültigen Grundlage», resümierte Nils Melzer in einem ausführlichen Interview mit Randy Credico «Live-on-the-Fly» am 10. Oktober 2021.³ In diesem Interview findet Melzer deutliche Worte: «Jedes Mal, wenn sie die Beweise vorlegen sollen, fangen sie an, die Zielgerade zu verschieben und die Verfahren und Beweise zu manipulieren. [...] Das ist ein typisches Muster für Schauprozesse, bei denen man im Grunde das Rechtssystem zum Zwecke der Verfolgung missbraucht.» Der Yahoo-News-Bericht beweise «eindeutig, dass dies ein böswilliges Verfahren gegen Assange ist. Dass es hier nicht um das Gesetz geht. Es geht um die Einschüchterung des Journalismus. Es geht um die Unterdrückung der Pressefreiheit. Es geht um den Schutz der Straffreiheit für Staatsbeamte.» Und, das Wichtigste des

Yahoo-Berichts schlussfolgernd: «[D]ie Regierungen, die hinter Julian Assange her sind, und die Methoden, die sie in Erwägung ziehen und anwenden, [widerlegen] jede Vorstellung von einem gutgläubigen Versuch, dem Recht Geltung zu verschaffen. Es ist ein klarer Beweis, dass dieses Verfahren gegen Julian Assange illegal ist. Es verfolgt den illegalen Zweck, den Journalismus einzuschüchtern. Es bedient sich illegaler Mittel und ist daher rechtsstaatlich nicht haltbar. [...] Die Frage ist eigentlich nicht, ob Julian Assange ein perfekter Mensch ist oder ob er Fehler gemacht hat oder nicht. Die Frage ist vielmehr, wie sich die Staaten verhalten. Deshalb ist dieser Fall so wichtig. Er geht uns alle an. Wenn es unseren Behörden erlaubt ist, Menschen zu töten, zu entführen und zu foltern und in andere Länder einzumarschieren, ohne Rechtsgrundlage, ohne dass sie einer rechtsstaatlichen Rechenschaftspflicht unterliegen, dann haben wir die Grenze zu einer Staatsform überschritten, die nichts mehr mit Demokratie zu tun hat.»

¹ Zeit-Fragen hat immer wieder berichtet.

² «Kidnapping, assassination and a London shoot-out: Inside the CIA's secret war plans against WikiLeaks» In: Yahoo News vom 26.9.2021

³ Nils Melzer im Interview mit Randy Credico «Live on the Fly»; <https://consortiumnews.com/2021/10/10/randy-credico-interviews-nils-melzer-on-julian-assange/>

Denn sie wollen keinen Frieden ...

Keine Zeichen für Entspannung im Herbst 2021

von Karl-Jürgen Müller

Eigentlich sollte Mitte August 2021 mit Afghanistan für jeden deutlich geworden sein, dass die Kriege der USA und ihrer europäischen Nato-Verbündeten ein grosses Desaster sind. Eigentlich – denn am 14. Oktober plazierte die deutsche Bundeswehr deutschlandweit eine Anzeige, um ihren 20jährigen Einsatz im Krieg in Afghanistan auf eine ganz abwegige Art und Weise noch einmal in Erinnerung zu rufen. Auf einer Grösse von 15 x 20 cm waren die Konturen eines deutschen Soldaten und eines deutschen Panzers samt Besatzung im Dämmerlicht (wohl in Afghanistan) zu sehen, und in grossen weissen Buchstaben war der Satz zu lesen: «Ihr habt Deutschland alle Ehre gemacht.» Kleiner geschrieben darunter: «bundeswehrkarriere.de erinnert an 20 Jahre Afghanistan-Einsatz». Dann kommt noch, mit Bild, die deutsche Verteidigungsministerin *Annegret Kramp-Karrenbauer* zu Wort: «Ich bin der festen Überzeugung, dass die Bundeswehr auf ihren Einsatz in Afghanistan stolz sein kann. Unsere Soldatinnen und Soldaten haben alle Aufträge, die ihnen das Parlament gegeben hat, erfüllt. [...] Wir müssen in der Bilanz jetzt überlegen, was gut war, aber auch, was wir für die Zukunft besser machen müssen.»

Kein Innehalten in Anbetracht des Scheiterns

Diese Sätze zeigen auch, welche Schlüsse gezogen wurden. Kein Innehalten in Anbetracht des eigenen Scheiterns, sondern eher der Ruf nach «mehr davon»: Man will es in Zukunft «besser machen». Am 21. Oktober, dem Tag des Treffens der Nato-Verteidigungsminister in Brüssel, bestätigte die noch amtierende deutsche Ministerin dies in einem Interview mit dem *Deutschlandfunk*. Deutschland habe zusammen mit Portugal, Slowenien, den Niederlanden und (dem eigentlich neutralen) Finnland ein «Gedankenpapier» formuliert, wonach, so der *Deutschlandfunk*, eine «schnelle militärische Eingreiftruppe der Europäischen Union» in «Ergänzung» zur Nato und mit einer «Koalition der Willigen» in der Lage sein soll, in aller Welt «robust und zügig zu handeln».

Überhaupt soll EU-Europa weiter aufgerüstet werden, auch atomar. «Das ist der Weg der Abschreckung», sagte Kramp-Karrenbauer. Wer soll «abgeschreckt» werden? Russland! «Wir müssen Russland gegenüber sehr deutlich machen, dass wir am Ende – und das ist ja auch die Abschreckungsdoktrin – bereit sind, auch solche [militärischen]

Mittel einzusetzen [...]» Selbst der *Deutschlandfunk* sprach von «Sprachbildern wie zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes».

Propagandaformel «Abschreckung»

Hinzufügen muss man, dass die Nato-Formel von der «Abschreckung» schon im ersten Kalten Krieg eine Propagandaformel war. Die Sowjetunion hatte keine Gebietsansprüche, die über die Konferenzergebnisse von Jalta und Potsdam im Jahr 1945 hinausgingen. Sie wollte mit ihrer starken Armee erneute verheerende Zerstörungen im eigenen Land wie im Krieg gegen *Napoleon* und *Hitler* verhindern.¹ Für das heutige Russland gilt dies noch mehr. Ihm Eroberungsgelüste zu unterstellen, ist sachlich nicht begründet. «Einzig Weltmacht» mit einem Herrschaftsanspruch über die ganze Welt wollten bislang nur die USA (mit ihren Nato-Verbündeten) sein. In anderen Staaten der Welt gibt es solche grössenwahnsinnigen Vorstellungen nicht – auch in Russland nicht.

Die Gegenrichtung von mehr Frieden

Wie die Spitzen von Eisbergen sind weitere Meldungen der vergangenen zwei Wochen hinzuzufügen. Alle zeigen die Gegenrichtung von mehr Frieden:

– Nach der Ausweisung von acht russischen Diplomaten (mit dem dafür üblichen Spionagevorwurf) aus der Vertretung Russlands bei der Nato in Brüssel hat Russland am 1. November seine gesamte Gesandtschaft in Brüssel und die Vertretung der Nato in Moskau geschlossen. Grundvoraussetzungen für eine gemeinsame Arbeit, so der russische Aussenminister *Sergej Lawrow*, seien nicht mehr gegeben. In der offiziellen Erklärung des russischen Aussenministeriums hiess es am 18. Oktober: «Die [...] Handlungen der Nato bestätigen, dass sie nicht an einem gleichberechtigten Dialog und einer gemeinsamen Arbeit der Deeskalation der militärpolitischen Spannungen interessiert ist. Der Kurs der Allianz gegenüber unserem Land wird zunehmend aggressiver. «Die russische Bedrohung» wird zur Festigung der inneren Geschlossenheit der Allianz entfacht, um den Anschein ihrer «Gefragtheit» unter heutigen geopolitischen Bedingungen zu schaffen.»

– Die US-Regierung will ihre Sanktionen künftig gezielter einsetzen und dabei das «Schwert» der Sanktionen wieder scharf machen. Das berichteten übereinstimmend

die «New York Times» und das «Wall Street Journal» am 18. Oktober. Die Sanktionen sollen künftig mit den Verbündeten stärker abgestimmt werden, damit sie auch von diesen vollumfänglich mitgetragen werden. In den vergangenen zehn Jahren hatte sich die Anzahl der beschlossenen Sanktionen verzehnfacht und sei in der Amtszeit von *Donald Trump* auf rund 1000 ausgesprochene Sanktionsbeschlüsse pro Jahr angestiegen. Viele dieser Sanktionen hätten aber auch zwischenzeitlich unterlaufen werden können. Das soll künftig verhindert werden.

– Am 20. Oktober verlieh das Europäische Parlament den diesjährigen «Sacharow-Preis» «für geistige Freiheit» an *Alexej Nawalny* – unter anderem für seine «grosse persönliche Tapferkeit». Nawalny ist in Russland ein rechtskräftig verurteilter Straftäter. Der norwegische Nato-Generalsekretär *Jens Stoltenberg* begrüsst die Preisverleihung sehr.

Auch die neue deutsche Regierung will auf Konfrontationskurs bleiben

– Und was plant die kommende deutsche Regierung? Im zwölfseitigen Sondierungspapier für die Koalitionsverhandlungen von SPD, *Bündnis 90/Die Grünen* und FDP heisst es auf den letzten beiden Seiten: «Deutschlands Verantwortung für Europa und die Welt». Da gibt es nichts Neues. Der bisherige deutsche Weg soll lediglich entschlossener weiter beschritten werden: mehr EU, mehr militärische «Verantwortung» in der Welt. Es gehe um die Durchsetzung einer «regelbasierten internationalen Ordnung» – nicht des Völkerrechts. Kooperieren wolle man vor allem mit denjenigen, «die unsere demokratischen Werte teilen». Die US-amerikanische Idee einer «Allianz der Demokratien» wird unterstützt. Dabei gehe es «auch um den Systemwettbewerb mit autoritären Staaten und Diktaturen». «Das transatlantische Bündnis» sei weiterhin der «zentrale Pfeiler» deutscher und EU-europäischer Militärsicherheit. Die Redewendungen sind bekannt, auch, wen man mit «autoritären Staaten und Diktaturen» meint. Der kurze Absatz über eine «abrüstungspolitische Offensive» steht recht verloren da.

Wenn es von seiten der Nato-Staaten dann immer auch gleichzeitig heisst, man sei zu

einem «Dialog» bereit, dann ist das nicht glaubwürdig. Aber vielleicht verstehen die Nato-Staaten unter Dialog auch etwas anderes, als gemeinhin mit dem Wort gemeint ist. Vielleicht heisst «Dialog» für die Nato-Staaten nicht, dass gleichberechtigte Partner mit unterschiedlichen Anschauungen und Respekt voreinander das Gespräch suchen, um sich besser zu verstehen und im guten Fall aufeinander zuzugehen. Vielleicht heisst Dialog für die Nato-Staaten, dass der Dialogpartner zuerst die Bedingungen der Nato erfüllen muss.

Wie dem auch sei, die Aussichten auf eine Wende der internationalen Politik in Richtung mehr Frieden bleiben schlecht.

«Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts»

50 Jahre ist es nun her, dass ein namhafter deutscher Politiker und anderer SPD-Kanzler, *Willy Brandt*, den Friedensnobelpreis zugesprochen bekam. Zehn Jahre später, am 3. November 1981, sagte Willy Brandt: «Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.» Wie weit hat sich doch Deutschland, hat sich EU-Europa von diesem grundlegenden Gedanken entfernt!

Die Fragen bleiben: Was kann die politische Verantwortlichen in EU-Europa bewegen, sich von der kriegerischen Haltung der US-Politik zu distanzieren und einen eigenständigen, wirklich friedenspolitischen Weg zu beschreiten? Ist dies noch ohne eine grosse Katastrophe möglich? Und was kann die Bürger Europas bewegen, nicht mehr still – warum auch immer – zuzuschauen, sondern ihr Recht und ihre Pflicht als Souverän auszufüllen und wahrzunehmen? •

¹ vgl. hierzu Wimmer, Willy. *Die Akte Moskau*, 2016, Seite 11f. Dort ist zu lesen: «Im Frühsommer 1988 flog die Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einem Arbeitsbesuch nach Washington. [...] Die Fahrt ging direkt ins Hauptquartier der CIA nach Langley. Wir sollten uns lösen – so die Botschaft in der grossen Gesprächsrunde – von dem, was wir seit Jahrzehnten über militärische Potentiale und Strategien in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West in Europa gehört hatten. Die Ergebnisse einer Studie zu diesem Themenfeld seien eindeutig: Die Sowjetunion verfolge rein defensive Absichten. Es gehe einzig und alleine um Verteidigung zum Schutz von «Mütterchen Russland». Die bisherige Strategie des Warschauer Pakts sei letztlich nur die konsequente Reaktion auf die mörderischen Angriffe von *Napoleon* und *Hitler*, mit Aggression habe das also rein gar nichts zu tun.»

«Die Bedeutung eines soliden, ...»

Fortsetzung von Seite 1

verstehen. Hollywood schreibt vor, wie ein Film sein und wovon er handeln soll, wie viele Figuren welcher Hautfarbe oder welchen Geschlechts darin vorkommen sollen. Das ist schlimmer als die Agitations- und Propagandaabteilung des *Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion*.

Sich dem Rassismus entgegenzustellen, ist eine notwendige und edle Sache, aber in der neuen «Cancel Culture» wird daraus eine «umgekehrte Diskriminierung», also ein umgekehrter Rassismus. Die Besessenheit beim Thema Rasse spaltet die Menschen weiter, während der Traum der wahren Bürgerrechte darin bestand, die Unterschiede verschwinden zu lassen und die Unterscheidung der Menschen nach ihrer Hautfarbe abzulehnen. Ich erinnere daran – und ich habe meine Kollegen gestern extra gebeten, dieses Zitat von *Martin Luther King* herauszusuchen –, dass er, wie Sie sich vielleicht erinnern, sagte: «Ich habe den Traum, dass meine vier Kinder eines Tages in einem Land leben werden, in dem sie nicht nach ihrer Hautfarbe, sondern nach ihrer Persönlichkeit beurteilt werden» – das ist der wahre Wert. Aber wir sehen, dass dort jetzt etwas anderes vor sich geht. In Russland ist es übrigens der überwiegenden Mehrheit unserer Menschen egal, welche Hautfarbe jemand hat, und es ist auch nicht so wichtig, ob jemand Männlein oder Weiblein ist. Jeder von uns ist ein menschliches Wesen, das ist das Wichtigste.

«Die Debatte über die Rechte von Männern und Frauen ist zu einem völligen Hirngespinnst geworden»

Die Debatte über die Rechte von Männern und Frauen ist in einer Reihe von westlichen Ländern zu einem völligen Hirngespinnst geworden. Sehen Sie, Sie werden zu dem Punkt kommen, den die Bolschewiken vorgeschlagen haben, dass nicht nur Hühner, sondern auch Frauen kollektiviert werden sollten. Noch ein Schritt, und Sie sind an dem Punkt.

Die Eiferer der neuen Ansätze gehen so weit, dass sie diese Begriffe selbst abschaffen wollen. Diejenigen, die zu sagen wagen, dass es Männer und Frauen gibt und dass das eine biologische Tatsache ist, werden regelrecht geächtet. «Elternteil Nummer eins» und «Elternteil Nummer zwei», «gebärender Elternteil» anstelle von «Mutter», ein Verbot der Verwendung des Begriffs «Muttermilch» und dessen Ersetzung durch «menschliche Milch» – damit sich Menschen, die sich über ihr eigenes Geschlecht nicht sicher sind, nicht aufregen. Ich möchte wiederholen, dass das nicht neu ist: In den 1920er Jahren wurde der sogenannte «Neusprech» auch von den sowjetischen Kulturregimen erfunden, die glaubten, auf diese Weise ein neues Bewusstsein zu schaffen und die Werteordnung zu verändern. Und wie ich bereits sagte, haben sie so viel angerichtet, dass es manchmal heute noch schmerzt.

Ganz zu schweigen von dem Ungeheuerlichen, das geschieht, wenn Kindern von klein auf beigebracht wird, dass ein Junge ohne weiteres ein Mädchen werden kann und umgekehrt, wenn ihnen die Wahl, die angeblich jedem offensteht, aufgezwungen wird. Sie wird aufgezwungen, indem die Eltern aus

der Verantwortung genommen werden, indem das Kind gezwungen wird, Entscheidungen zu treffen, die sein Leben ruinieren können. Und niemand zieht Kinderpsychologen zu Rate: Ist ein Kind in irgendeinem Alter in der Lage, eine solche Entscheidung zu treffen oder nicht? Um die Dinge beim Namen zu nennen: Das grenzt schlichtweg an ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, und das alles im Namen und unter dem Banner des Fortschritts.

Wenn es jemandem gefällt, soll er das tun. Ich habe mal gesagt, dass wir uns bei der Gestaltung unserer Ansätze von der Ideologie eines gesunden Konservatismus leiten lassen. Das war vor einigen Jahren, damals hatten die Leidenschaften auf der internationalen Bühne noch nicht ihre heutige Intensität erreicht, obwohl man natürlich sagen kann, dass sich die Wolken schon damals verdichtet haben. Jetzt, da die Welt einen strukturellen Zusammenbruch erlebt, hat die Bedeutung eines vernünftigen Konservatismus als Grundlage für die Politik um ein Vielfaches zugenommen, gerade weil sich die Risiken und Gefahren vervielfachen und die Realität um uns herum zerbrechlich ist.

Der konservative Ansatz: nicht schaden

Der konservative Ansatz ist keine stumpfsinnige Bevormundung, keine Angst vor Veränderungen und kein Spiel des Festhaltens, geschweige denn des Sich-Einschliessens in sein Schneckenhaus. Er ist vor allem das Vertrauen in die bewährte Tradition, die Erhaltung und Mehrung der Bevölkerung, der realistischen Einschätzung von sich selbst und den anderen, der genaue Aufbau des Prioritätensystems, das Verhältnis zwischen

dem Notwendigen und dem Möglichen, die durchdachte Formulierung von Zielen, die prinzipielle Ablehnung des Extremismus als Handlungsweise. Und offen gesagt, für die bevorstehende Periode der Neuordnung der Welt, die ziemlich lange dauern kann und deren endgültige Ausgestaltung unbekannt ist, ist ein gemässiger Konservatismus – zumindest meiner Meinung nach – die vernünftigste Verhaltenslinie. Er wird sich natürlich verändern, aber im Moment scheint der medizinische Grundsatz «nicht schaden» am vernünftigsten zu sein. *Nil nocere*, wie Sie wissen. [«Nil nocere» lautet eigentlich «primum nil nocere» und ist ein Grundsatz in der hippokratischen Tradition, übersetzt bedeutet das «erstens nicht schaden». *Putin* spricht damit das vollständige Zitat aus dem hippokratischen Eid «primum non nocere, secundum cavere, tertium sanare», zu deutsch: «erstens nicht schaden, zweitens vorsichtig sein, drittens heilen» an. Anm. d. Übers.]

Ich wiederhole: Für uns in Russland sind dies keine spekulativen Postulate, sondern die Lehren aus unserer schwierigen, bisweilen tragischen Geschichte. Der Preis eines unüberlegten sozialen Naturalismus ist manchmal einfach nicht abzuschätzen; er zerstört nicht nur die materiellen, sondern auch die geistigen Grundlagen der menschlichen Existenz und hinterlässt moralische Trümmer, auf denen für lange Zeit nichts mehr aufgebaut werden kann. •

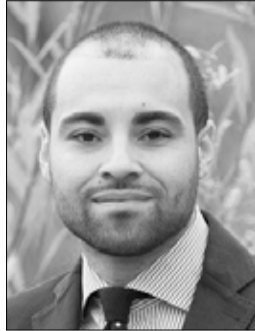
Quelle: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/66975> vom 21.10.2021; deutsche Übersetzung: <https://www.anti-spiegel.ru/2021/putin-im-o-ton-ueber-gender-cancel-culture-neusprech-und-andere-absurditaeten-des-westens/> vom 22.10.2021

Der hohe Preis der «Fehler» bei US-Drohnenangriffen

von Alfred de Zayas und Adriel Kasonta*



Alfred de Zayas
(Bild zvg)



Adriel Kasonta
(Bild zvg)

Der «tragische Fehler», bei dem ein Teil einer Familie in Kabul getötet wurde, hat eine seltene Entschuldigung des Pentagons nach sich gezogen, aber das reicht nicht aus.

Nach ersten Berichten von US-Beamten wurde der Drohnenangriff vom 29. August, der darauf abzielte, Mitglieder der militanten Gruppe *Islamischer Staat-Khorasan* (ISIS-K) zu vernichten, als erfolgreiche Operation beschrieben, bei der ein mit «mehreren Selbstmordattentätern» besetztes Auto zerstört wurde, das eine unmittelbare Bedrohung für die US-geführten Truppen darstellte, die Afghanistan nach der Machtübernahme durch die Taliban verlassen hatten.

Die Feierlaune hielt nicht lange an, denn Zeugenberichte, die kurz nach dem Vorfalle im Kabuler Stadtteil Khwaja Burgha auftauchten, entlarvten die Darstellung des Pentagons und enthüllten die hässliche Wahrheit. Bei den Opfern handelte es sich nicht um terroristische Wilde, sondern um zehn unschuldige Mitglieder der Familie *Ahmadi*, darunter sieben Kinder.

Nachdem Fotos aufgetaucht waren, die die Opfer unmittelbar vor ihrem Tod zeigten, und in den Sozialen Medien aktuelle Aufnahmen des Grauens kursierten, wurde schnell klar, dass das jüngste Opfer gerade einmal zwei Jahre alt war. Ein weiteres Opfer des Anschlags war ein 36-jähriger ehemaliger afghanischer Soldat und Mitarbeiter der US-Wohltätigkeitsorganisation *Nutrition & Education International*, der als *Zamaray Ahmadi* identifiziert wurde.

* Alfred de Zayas ist Professor für internationales Recht an der Genfer Schule für Diplomatie und internationale Beziehungen. Adriel Kasonta ist ein in London ansässiger Berater für politische Risiken und Anwalt jüdischer und tansanischer Abstammung.

Obwohl das Pentagon auf Grund des öffentlichen Drucks später zugeben musste, dass es sich bei der Ermordung dieser Zivilisten um einen «tragischen Fehler» handelte, und während eines Online-Treffens vor kurzem zwischen dem stellvertretenden Verteidigungsminister *Colin Kahl* und dem Gründer und Präsidenten von *Nutrition & Education International*, Dr. *Steven Kwon*, «Beileidsbekundungen» an die Ahmadi-Familie ausgesprochen wurden, bleibt die Rechenschaftspflicht für ähnliche Aktionen die grosse Unbekannte.

Bis zum 18. September hatten die USA noch keinen direkten Kontakt mit der Familie der Opfer aufgenommen, wie der 22-jährige Neffe von *Emal Ahmadi*, *Farshad Haidari*, gegenüber der Nachrichtenagentur *Agence France Press* erklärte: «Sie müssen herkommen und sich von Angesicht zu Angesicht bei uns entschuldigen.»

Trotz der Beteuerungen von Verteidigungsminister *Lloyd Austin* im letzten Monat, das Pentagon «werde sich bemühen, aus diesem schrecklichen Fehler zu lernen», besteht wenig Hoffnung, dass dies der Fall ist – wenn man bedenkt, dass ähnliche Vorfälle, bei denen eine erhebliche Anzahl von Zivilisten in Afghanistan, im Irak und in Syrien getötet wurde, bereits in der Vergangenheit stattgefunden haben, wie unter anderem die «New York Times» und *Reuters* berichteten.

Tatsache ist, dass «das Militär wiederholt Informationen über zivile Opfer unterdrückt hat», wie *Nick McDonell*, Autor eines 2018 erschienenen Buches mit dem Titel «The Bodies in Person: An Account of Civilian Casualties in American Wars», argumentiert: «Das Drohnenprogramm ist undurchsichtig, mit extrem begrenzter Rechenschaftspflicht für alle Beteiligten.»

In Anbetracht der Tatsache, dass die meisten US-Drohnenangriffe in Afghanistan in ländlichen Gebieten stattfanden und dass ein direkter Zusammenhang zwischen der Intensität der Angriffe und der Beanstandung der Untersuchung der Todesfälle unter der Zivilbevölkerung besteht, gibt es, abgesehen von diesem Einzelfall, wenig Hoffnung auf eine angemessene Gerechtigkeit für die Opfer.

Die öffentliche Empörung hängt von der Aufmerksamkeit ab, die die Mainstream-Medien den Drohnen-tötungen schenken wer-

den. Aus Sicht des Humanitären Völkerrechts (*Haager und Genfer Konvention*) ist klar, dass Drohnen wahllos eingesetzt werden und daher illegal sind, weil sie gegen die beiden Kernregeln des Humanitären Völkerrechts verstossen – die Unterscheidung zwischen militärischen und zivilen Zielen und den Grundsatz der Verhältnismässigkeit.

Darüber hinaus stellen sie einen schweren Verstoß gegen den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* (IPbPR) dar, zu dessen Einhaltung die USA und alle Nato-Staaten verpflichtet sind.

Es sei darauf hingewiesen, dass der UN-Menschenrechtsausschuss in seinen abschliessenden Stellungnahmen im Anschluss an die Prüfung des vierten periodischen Berichts der USA im Jahr 2014 gezielte Tötungen mit unbemannten Flugzeugen als Verstoß gegen Artikel 6 des IPbPR verurteilt hat.

«Der Ausschuss ist besorgt über [...] die mangelnde Transparenz hinsichtlich der Kriterien für Drohnenangriffe, einschliesslich der Rechtsgrundlage für bestimmte Angriffe, und die fehlende Rechenschaftspflicht für den Verlust von Menschenleben infolge solcher Angriffe», ist in dem Dokument zu lesen.

«Der Ausschuss ist weiterhin besorgt über den sehr weit gefassten Ansatz des Vertragsstaates hinsichtlich der Definition und des geografischen Geltungsbereichs des Begriffs «bewaffneter Konflikt», einschliesslich des Endes der Feindseligkeiten, die unklare Auslegung dessen, was eine «unmittelbare Bedrohung» darstellt, wer ein Kombattant oder eine Zivilperson ist, die direkt an den Feindseligkeiten teilnimmt, die unklare Position hinsichtlich des Zusammenhangs, der zwischen einem bestimmten Anwendungsfall tödlicher Gewalt und einem bestimmten Schauplatz der Feindseligkeiten bestehen sollte, sowie die Vorsichtsmassnahmen, die ergriffen werden, um in der Praxis zivile Opfer zu vermeiden (Artikel 2, 6 und 14).»

In seinem Bericht an den Menschenrechtsrat aus dem Jahr 2010 prangerte Professor *Philip Alston* wahllose Tötungen durch Drohnen an und kam zu dem Schluss, dass die für ihren Einsatz angeführten Gründe «das menschenrechtliche Verbot des willkürlichen Lebensentzuges aushöhlen». Darüber hinaus wäre «die Tötung an-

derer Personen als der Zielperson (z. B. Familienangehörige oder andere Personen in der Nähe) durch Drohnen ein willkürlicher Lebensentzug im Sinne der Menschenrechte und könnte zu einer Haftung des Staates und einer individuellen strafrechtlichen Verfolgung führen». Im Jahr 2014 veröffentlichte *Ben Emmerson*, der UN-Sonderberichterstatter für Terrorismusbekämpfung, einen vernichtenden Bericht, in dem er das «Verantwortungsvakuum» für die Tötung von Zivilisten durch Drohnen anprangerte.

Als unabhängiger UN-Experte für die internationale Ordnung stimmte einer der Autoren dieses Artikels mit Alston und Emmerson überein und prangerte die institutionelle Straflosigkeit der USA und der Nato an. Er bestand darauf, dass es eine staatliche Verantwortung – sowohl zivil- als auch strafrechtlich – gibt und dass die Staaten, die «Kollateralschäden» verursachen, verpflichtet sind, den Opfern und ihren Familien Wiedergutmachung zu leisten. Obwohl empirische Beweise die Unvereinbarkeit des Einsatzes von Drohnen mit dem Völkerrecht belegen, werden die USA leider weiterhin den Menschenrechtsausschuss und die Sonderberichterstatter des Menschenrechtsrates ignorieren, da es diesen an Durchsetzungsmechanismen fehlt.

Es scheint, dass Drohnen weiterhin ungestraft eingesetzt werden, bis sich die internationale Gemeinschaft bereit erklärt, die universelle Gerichtsbarkeit über Kriegsverbrechen auszuüben, sie zu verhaften, wenn sie in ihren Zuständigkeitsbereich gelangen, und so die Rechte der Opfer solcher Grausamkeiten zu verteidigen.

Die Mainstream-Medien wären gut beraten, diese Verbrechen nicht länger zu beschönigen, die menschlichen Opfer von Drohnen herunterzuspielen und Desinformationen über ein angebliches «schwarzes Loch in der Justiz» zu verbreiten. Die oberste Priorität muss immer sein, den Opfern sofortige Hilfe (nicht nur Geld) zukommen zu lassen und sicherzustellen, dass der neue Ankläger am *Internationalen Strafgerichtshof* diese Verbrechen energisch und zügig untersucht.

Quelle: [asiatimes.com/2021/10/us-drone-strike-errors-and-the-cost-in-human-life/](https://www.asiatimes.com/2021/10/us-drone-strike-errors-and-the-cost-in-human-life/) vom 20.10.2021 (Übersetzung Zeit-Fragen)

Wo Arbeit nicht mehr lohnt in Deutschland

von Prof. Dr. Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen e.V.

Der Autor hat in den letzten zwei Wochen mehrere dramatische Gespräche geführt, in denen es um den Lebensstandard der Gesprächspartner ging. Dramatische Erkenntnis daraus: An den unteren Rändern der Mittel- wie der Unterschicht ist der Lebensstandard oder sogar die Existenz durch Eigenleistung nicht mehr zu sichern. Die Fälle nehmen dramatisch zu, in denen der Nettoertrag der Arbeit unter die Sozialleistungen rutscht.

Am meisten wirkt sich dies in den unteren Einkommensgruppen und im Osten aus. Wer netto 1200 bis 1300 Euro für fleissige Arbeit verdient, lebt oft am Existenzminimum, vor allem als Alleinerzieher oder als Alleinverdiener mit mehreren Kindern. Die Gesprächspartner haben vorgerechnet, dass sie nach Abzug von Miete, Heizung, Strom, Wasser, Versicherungen und Autokosten oft weniger als den Hartz-IV-Satz (440 Euro) monatlich für Konsum zur Verfügung haben, während die «Hartz-IV» zusätzlich Wohnung, Kleidung, Heizung u. a. vom Staat bekommen und keine Pendlerkosten haben.

Ein ostdeutscher Kraftfahrer klagte: «1160 Euro habe ich netto im Monat für meine Familie. Dafür muss ich acht Stunden am Tag auf der Autobahn sein, alle Risiken in Kauf nehmen, vor jeder Polizeikontrolle Angst haben, ob alle Vorschriften beachtet sind, und mir von Kunden oder vom Chef noch Vorwürfe machen lassen, wenn ich durch Staus die Termine nicht eingehalten habe.»

Ein Gärtner mit einem Kind klagte: «Mit 1300 Euro netto plus 450 Euro Verdienst meiner Frau haben wir monatlich nach Abzug der Fixkosten keine 500 Euro zum Leben. Und jetzt steigen für uns beide auch die Spritpreise um mehr als 100 Euro monatlich sowie die Lebensmittelpreise,

so dass unser Existenzrahmen immer kleiner wird. Wir überlegen schon länger, ob es nicht rentabler ist, wenn wir beide «Hartzler» werden, die Wohnungs- und Fixkosten vom Staat bekommen, keine zwei Auto-Kosten mehr haben und uns lieber noch etwas nebenbei verdienen.»

Besonders giftig war ein Klempnergeselle, der eine Wohnung suchte und bald heiraten wollte. Er fand keine Wohnung und hätte sie aus eigener Kraft einrichten müssen; er kannte aber mehrere Fälle, in denen Zuwanderer nicht nur eine Wohnung, sondern auch die Einrichtung vom Staat bekamen, obwohl sie hier nie gearbeitet haben und wohl nie arbeiten werden.

Die steigende Inflation und mögliche Wirtschaftskrise werden solche Randgruppenprobleme noch verschärfen. Dann sind es nicht nur Hunderttausende, sondern Millionen, deren Existenz und deshalb Lebensstandard wegrutscht und die auf Sozialleistungen angewiesen sein werden. Berücksichtigt man zusätzlich, dass jährlich mehr als eine halbe Million Zuwanderer in unser Sozialsystem Existenzansprüche stellen, ist jetzt schon sicher, dass die heutige Höhe der Sozialleistungen an den Einzelnen nicht mehr garantiert werden kann, selbst wenn inflationsbedingt die Sozialabgaben steigen.

Noch höhere Sozialabgaben zu zahlen, ist aber vor allem den zwei Millionen Kleinbetrieben und Solo-Selbständigen schon heute nicht mehr möglich, bringt auch sie in die Schere zwischen Eigen- und Sozialleistung.

Der Staat muss also in Zukunft nicht nur an Deutsche, sondern auch an jährlich zusätzlich eine halbe Million zusätzlicher ImmigrantInnen Sozialleistungen zahlen, was die öffentlichen Sozialfinanzen in eine Doppel-

zunge zwischen sinkenden Sozialbeiträgen und steigenden Sozialanforderungen bringt.

Nicht nur der untere Rand der Unterschicht droht vermehrt in das Sozialsystem abzubrockeln, auch viele Selbständige verdienen inzwischen weniger als Hartz-IV. Allein der Lockdown hat mehr als eine halbe Million Selbständigenexistenzen vernichtet, die bisher Steuer- und Sozialabgabenzahler waren und sich nun am Existenzminimum herum-schlagen oder ins soziale Netz fallen lassen müssen. Das waren nicht nur Solo-Selbständige und Kleinunternehmer. Wir schätzen, dass etwa 10 bis 20 % der mittelständischen Unternehmer in Deutschland frustriert sind, am liebsten aufhören wollen und nur noch deshalb aktiv sind, weil sie keine Existenzsicherheit für den Absprung sehen.

Am Wochenende klagte ein Elektromeister (mit zwei Mitarbeitern) dem Autor, dass er «zum Jahresende Schluss machen wolle». Begründung: die ihm über den Kopf wachsende Bürokratie der Genehmigungen und Kontrollen, die sich schliessende Schere zwischen erzielbaren Preisen und Mitarbeiterkosten (dreifacher Nettolohn) sowie die mehrwöchige Krankheit eines Mitarbeiters, die zu einer Kostenlast führe, die den ohnehin geringen Gewinn dieses Jahres aufzehre. Die Corona-Beschränkungen im Kundenverkehr seien nun der letzte Schlussstrich für seinen Entschluss gewesen.

Ein Tischlermeister aus Ostdeutschland mit vier Mitarbeitern gab auf, weil er durch Corona und Holzpreise schon im zweiten Jahr keinen Gewinn mehr mache, also er und seine Mitarbeiter «von morgens bis abends für weniger als Hartz-IV fleissig sein müssten». Dabei hätte er im Gegensatz zu Kollegen nicht einmal Auftragsmangel gehabt und

könnte seinen Betrieb jetzt noch ohne Verluste schliessen. Sozialhilfe brauche er wohl nicht, da er ein Mietshaus habe.

Das *Mittelstandsinstitut Niedersachsen* rechnet damit, dass von unseren fünf Millionen Unternehmern nicht nur wie bisher 160 000 bis 200 000 wegen der schlechten öffentlichen Rahmendaten aus Deutschland auswandern, sondern weitere 100 000 ihre Selbständigkeit aufgeben, also im Laufe dieses und des nächsten Jahres noch 300 000 bis 400 000 Betriebe geschlossen würden. Der Verlust von etwa einer halben Million Unternehmern würde zu öffentlichen Einnahmeverlusten von 8 bis 9 Milliarden Euro führen und vor allem auch die Sozialkassen treffen.

Die Tendenz einer sinkenden Zahl von Leistungsträgern, also von sinkenden Steuern und Sozialabgaben, und umgekehrt einer steigenden Zahl von Sozialleistungsforderern mit weiterem Zustrom von Sozialzuwanderern ist nur kurzfristig noch finanzierbar, wird der kommenden Regierung drastische Korrekturen abzwängen und den Lebensstandard grosser Teile von Mittel- und Unterschicht reduzieren.

Unsere Gender-Hippie-Generation hat nicht nur unsere Leistungsträger als «kekelige weisse Deutsche» diffamiert, sondern sich auch selbst auf ein leistungsloses, diverses Lust- und Spassleben eingerichtet und entsprechend gewählt. Sie werden jedoch bald von der ökonomischen Wirklichkeit eingeholt werden, dass nämlich Sozialleistungen nur aus produktiver Leistung finanziert werden können und dass ökologisches Traum- und Sozialleben immer weniger finanzierbar ist, wenn die verachteten Leistungsträger aufhören zu leisten.

Eidgenössische Volksabstimmung am 28. November 2021

Zur Abstimmung über die Pflegeinitiative

von Dr. rer. publ. Werner Wüthrich

Am 28. November sind wir Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger erneut gefordert. Wir stimmen ab über eine Volksinitiative, die einen neuen Verfassungsartikel vorschlägt, und indirekt über den Gegenvorschlag des Parlaments, der ein neues Gesetz beinhaltet (Bundesgesetz vom 19.3.2021 über die Ausbildung im Bereich der Pflege). Beide wollen das Gesundheitswesen nachhaltig verbessern.

Falls wir die Volksinitiative ablehnen, tritt der gesetzliche Gegenvorschlag in Kraft, falls nicht das Referendum dagegen ergriffen wird. In diesem Fall kommt es zu einer weiteren Volksabstimmung über den Gegenvorschlag. Es ist eine anspruchsvolle Situation auch für den demokratiegewohnten Stimmbürger der Schweiz. (Seit der Einführung dieser Volksrechte in den Jahren 1874 und 1892 waren es bereits mehr als 600 Abstimmungen.)

Die Schweiz hat eines der besten Gesundheitswesen. Das ist unbestritten. Es muss jedoch erneut verbessert werden. Auch das ist unbestritten. Etwa 10'000 Stellen im Pflegebereich sind unbesetzt. Hinzu kommt, dass ein grosser Teil der Ärzte und des Pflegepersonals aus dem Ausland kommt. Es fällt zudem auf, dass zunehmend gut ausgebildete Pflegefachleute schon nach wenigen Jahren die Stelle oder gar den Beruf wechseln. Eine Diskussion über die Ursachen und mögliche Lösungen tut not.

Volksinitiative des Pflegefachverbandes und Gegenentwurf des Parlaments

Die Volksinitiative «Für eine starke Pflege» will die Arbeitsbedingungen verbessern. Die Initianten schlagen einen nationalen Gesamtarbeitsvertrag vor. Forderungen der Gewerkschaften liegen bereits auf dem Tisch. So äusserte sich Roland Brunner von der Zürcher Sektion des Verbands des Personals öffentlicher Dienste VPOD: 10 Prozent mehr Lohn für das Pflegepersonal, eine Reduktion der Wochenarbeitszeit auf 36 Stunden und Pensionsalter 60 bei voller Rente – wie in der Baubranche («Neue Zürcher Zeitung» vom 27. Oktober). Dies würde den Personalmangel für den Moment wohl eher verstärken. Der Gegenentwurf des Parlaments will diesbezüglich keine neue Regelung. Arbeitsbedingungen und Löhne blieben primär in der Zuständigkeit der Kantone, Betriebe und Sozialpartner. Regionale Unterschiede – zum Beispiel auf Grund unterschiedlicher Lebenskosten – können wie bisher berücksichtigt werden. In Ausnahmefällen kann ein Gesamtarbeitsvertrag von den zuständigen Behörden im Bund und in den Kantonen auch allgemeinverbindlich erklärt werden. Dieser Weg hat sich bewährt. Ausserdem ist es umstritten, ob die Lohnfrage für das Pflegepersonal im Vordergrund steht. Die meisten Pflegefachleute möchten vor allem mehr Zeit für Pflege und Betreuung der Patienten haben.

Deshalb haben sie diesen erfüllenden Beruf gewählt.

Direkte Abrechnung zu Lasten der Krankenkasse

Sowohl die Initiative wie auch der Gegenvorschlag wollen vermehrt zulassen, dass Pflegefachleute direkt – ohne Arzt – mit den Krankenkassen abrechnen. Dies wäre wohl nur in der Spitex (Betreuung und Pflegedienst ausserhalb des Spitals) möglich. Ob das zu weniger administrativem Aufwand und zu mehr Zeit für den Patienten führt, ist zu bezweifeln. Der Gegenvorschlag des Parlaments hat wenigstens noch einen Sicherungsmechanismus eingebaut: Steigen die Kosten überdurchschnittlich, könnten die Kantone die Zahl der Pflegefachpersonen oder der Pflegeorganisationen beschränken, die direkt abrechnen.

Sind einheitliche und zentralistische Regelungen sinnvoll?

Die Schweiz hat mit dezentralen, flexiblen Lösungen gute Erfahrungen gemacht. Vor einigen Jahren ist eine Initiative der Sozialdemokraten, die eine nationale Einheits-Krankenkasse einführen wollte, vom Volk deutlich abgelehnt worden. Eine Volksinitiative, die einheitliche Mindestlöhne für alle Berufe vorschreiben wollte, war ebenfalls chancenlos. Flexible Regelungen von unten – mit betrieblichen und regionalen Gesamtarbeitsverträgen – entsprechen dem direkt-demokratischen System. Sie haben den Ar-

beitsfrieden begründet, der seit dem Zweiten Weltkrieg ganz wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz beigetragen hat. Zudem haben die Gewerkschaften des Pflegepersonals in der aktuellen Situation des Personalmangels eine gute Verhandlungsposition.

Lieber der Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach?

Bundesrat und Parlament wollen ihre laufenden Ausbildungsanstrengungen im Pflegebereich verstärken. Der Bundesrat will sofort zusätzlich 1 Milliarde Franken (für den Zeitraum von acht Jahren) zur Verfügung stellen, falls die Initiative abgelehnt wird und das neue Gesetz des Gegenentwurfs in Kraft tritt. Falls die Initiative angenommen wird, müsste das Parlament ein Gesetz zur Umsetzung des neuen Verfassungsartikels ausarbeiten, gegen das Referendum ergreifen könnten, und es käme möglicherweise erneut zur Volksabstimmung.

Offene Fragen

Zu weiteren Problemereichen im Gesundheitswesen geben sowohl die Volksinitiative wie auch der Gegenvorschlag des Parlaments keine Antwort. Die Abstimmung vom 28. November muss deshalb ein Anstoss sein, die Diskussion über weitere Reformschritte im Gesundheitswesen grundsätzlich und ganzheitlich fortzuführen – zum Beispiel zur Frage, wie der Beruf innerlich wieder mehr erfüllt und Freude bereitet. •

Konkordanz – ein Demokratiemodell, das den Konsens fördert und den inneren Frieden sichert

von Dr. phil. René Roca, Forschungsinstitut direkte Demokratie (www.fidd.ch)

Der Begriff «Konkordanz» bedeutet «Ausgleich» und ist zu einem festen Bestandteil der politischen Kultur der Schweiz geworden. Im Fokus steht dabei besonders das Exekutivorgan auf Bundesebene, der siebenköpfige Bundesrat. Die wählerstärksten Parteien teilen die Exekutivsitze unter sich auf und bilden so eine Quasi-Allparteienregierung. Verknüpft damit ist das Kollegialitätsprinzip, das heisst, dass gemeinsam gefällte Beschlüsse von allen Mitgliedern gegen aussen vertreten werden. Dies ergibt ein Gremium, das durch Stabilität und oft auch durch Kontinuität geprägt ist. Konkordanz und Kollegialität sorgen somit mittel- bis langfristig für einen Entscheidungsmechanismus, der durch das gültige Einvernehmen und breit abgestützte Kompromisslösungen bestimmt ist. Diese Prinzipien der schweizerischen Politik sind nicht in der Bundesverfassung verankert, stellen also sozusagen «Gewohnheitsrecht» dar und finden sich mehr oder weniger auch auf der kantonalen Ebene.

Die Konkordanzdemokratie steht im Gegensatz zur sogenannten «Konkurrenzdemokratie», die als Grundsatz die meisten übrigen Demokratien weltweit prägt. Nach Wahlen übernimmt jeweils die wählerstärkste Partei die Regierung oder bildet mit einer oder mehreren weiteren Parteien eine Koalitionsregierung. Bei den nächsten Wahlen kann mit neuen Mehrheitsverhältnissen alles schon wieder völlig anders sein. Die Berechenbarkeit von Politik kann so arg strapaziert werden.

Der Begriff Konkordanz prägt in der Schweiz neben dem Bundesrat auch die übrigen politischen Gewalten und Organe. Alle wichtigen politischen Parteien werden jeweils in die konsensorientierte Entscheidungsfindung einbezogen. Gerade bei der Vergabe von politischen Ämtern sowie Führungspositionen in Verwaltung, Armee und Justiz bürgt das Prinzip der Konkordanz dafür, dass die Parteien im Verhältnis ihrer Stärke berücksichtigt werden.

Historische Wurzeln

Historisch betrachtet entwickelte sich die Konkordanzdemokratie in der Schweiz seit den 1930er Jahren. Totalitäre politische Ideologien wie der Faschismus und der Stalinismus sowie die Weltwirtschaftskrise bewirkten damals auch in der Schweiz eine Polarisierung zwischen der Arbeiterbewegung und den bürgerlichen Kräften. Die politische Kultur der Schweiz stand damals zwar mit dem Ausbau

«Allgemein fördert das Prinzip der Konkordanz – die Suche nach einem «Ausgleich» – einen ruhigen und sachlichen politischen Prozess, der anstehende Probleme einer guten und vernünftigen Lösung zuführt.»

der direkten Demokratie auf der Bundesebene (Referendum 1874, Volksinitiative 1891) auf einem soliden Fundament. Trotzdem stellte der Erste Weltkrieg und vor allem der Generalstreik von 1918 die Schweizer Politik vor ernsthafte Probleme. Eine zentrale Forderung der Arbeiterbewegung war die Proporzwahl, um die freisinnige Vormacht, die seit der Bundesstaatsgründung 1848 existierte und durch die Majorzwahl zementiert wurde, zu überwinden. Die Forderung wurde 1919 mit den erstmaligen Proporzwahlen in den Nationalrat erfüllt. Damit entspannte sich langsam die Frontenbildung zwischen dem Bürgerblock sowie kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien. Die 1935 erstmals klar erfolgte Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei (SPS) zur militärischen Landesverteidigung brach dann endgültig das Eis. Die bürgerlichen Parteien stuften nun die SPS nicht mehr als Klassenfeind ein und waren gewillt, die politischen Kämpfe auf dem demokratischen Parkett auszutragen. Damit wurde auch die Zusammenarbeit zwischen den Parteien gestärkt, was schliesslich 1943 in der erstmaligen Wahl eines Sozialdemokraten, nämlich Ernst Nobs, in den Bundesrat gipfelte. Mit der Zustimmung zu einem zweiten Sitz war die SP dann 1959 praktisch im Verhältnis zu ihrer Parteienstärke im Kollegium des Bundesrates vertreten, die Quasi-Allparteienregierung war perfekt. Diese Konstellation erhielt auch den Namen «Zauberformel».

Die «Zauberformel» des Bundesrates

Die entsprechende parteipolitische Zusammensetzung, nämlich zwei SP-Politiker, zwei von der FDP, zwei von der CVP und einer von der BGB/SVP, hielt von 1959 bis 2003 und ist damit der wohl stärkste Ausdruck der Konkordanzdemokratie. Gerade in der Schweiz wird die Alternative, also eine auf einer (knappen) Mehrheit beruhende Exekutive – eben eine «Konkurrenzdemokratie» – als zu wenig effizient betrachtet, da die Opposition die Regierungsarbeit durch den intensiveren Einsatz des Referendums stark erschweren könnte.

Allerdings torpedieren besonders die SP und seit den 1990er Jahren auch die SVP

immer wieder die Konsenspolitik, indem sie vor allem mit eigenen Initiativen eine eigene politische Agenda ins Spiel bringen. Das belebt zwar die Politik, führt dann aber immer wieder zur Intervention der anderen Parteien, die der SP und SVP das Ausscheren aus dem Regierungskonsens vorwerfen und mit deren Hinauswurf aus dem Bundesrat drohen. 2003 wurde mit der Abwahl einer CVP-Bundesrätin und der Wahl eines zweiten SVP-Bundesrates die Wahlarithmetik der Zauberformel wieder hergestellt. Nach einem Zwischenspiel ab 2007 mit einer BDP-Bundesrätin – die Bürgerlich-demokratische Partei (BDP) entstand nach der Abspaltung von der SVP – herrscht seit 2015 wieder der «Normalzustand» mit einer faktischen «Zauberformel».

Grosse staatspolitische Bedeutung

Die Konkordanz ist neben dem Föderalismus, der direkten Demokratie und dem Milizprinzip ein zentraler staatspolitischer Pfeiler der schweizerischen politischen Kultur, der sich bis heute bewährt hat. Die Vorteile gegenüber einer «Konkurrenzdemokratie» sind augenfällig, denn die politische Macht wird nicht zuletzt auch mit Hilfe der direkten Demokratie gleich mehrfach gebrochen: es herrscht keine «Parteiendiktatur»; autoritäre Einzelpersonlichkeiten haben wenig Chancen, sich zu profilieren; es herrscht weniger Korruption, und dafür mehr Transparenz im politischen Prozess.

Auch in einer Konkordanzdemokratie ist aber eine konstruktive Opposition möglich und kann durchaus effizient sein. Die Hauptopposition ist das Stimmvolk, das jederzeit mittels der direkten Demokratie in den politischen Prozess eingreifen kann. Daneben haben – neben der beschriebenen problematischen Oppositionspolitik der Pol-Parteien SP und SVP – auch kleinere, nicht an der Regierung beteiligte Parteien die Möglichkeit, inner- und ausserparlamentarische Opposition zu betreiben. Ein gutes Beispiel dafür ist der Erfolg der Grünen und Grünliberalen im Rahmen der Klimadebatte, was mittelfristig die nun bestehende «Zauberformel» ins Wanken bringen könnte.

Ebenfalls ein wichtiger Wesenszug der schweizerischen Konkordanz ist seit der Nachkriegszeit der Einbezug der referendumsfähigen Verbände bei politischen Entscheidungen. Ein referendumsfähiger Verband ist ein Verband mit mindestens 50'000 Mitgliedern, der alleine mit der Aktivierung seiner Mitglieder in kurzer Zeit die notwendige Unterschriftenzahl bei einem Referendum zustande bringen könnte. Mit dem sogenannten Vernehmlassungsverfahren wird diesen Verbänden die Möglichkeit gegeben, zu Vorlagen Stellung zu nehmen, bevor diese im Parlament behandelt werden. Meistens wird dann ein Kompromiss ausgehandelt, der ein Referendum unnötig machen soll.

Allgemein fördert das Prinzip der Konkordanz – die Suche nach einem «Ausgleich» – einen ruhigen und sachlichen politischen Prozess, der anstehende Probleme einer guten und vernünftigen Lösung zuführt. Dem gilt es auch in Zukunft Sorge zu tragen. •

Erstveröffentlichung <https://blog.nationalmuseum.ch> vom 15.9.2021

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach

CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2021 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.

Die Mitgliedsstaaten der EU sind die «Herren der Verträge»

Worum es beim Streit der EU-Gremien mit Polen wirklich geht

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Am 19. Oktober hielt der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki vor dem Europäischen Parlament in Strassburg eine vielbeachtete Rede, in der es zum einen um den Begriff der Rechtsstaatlichkeit und das Verhältnis von EU-Recht zu den nationalen Verfassungen der Mitgliedsstaaten ging, zum anderen stellte Mateusz Morawiecki die Frage, die vielen EU-Europäern unter den Nägeln brennt: Wohin rollst du, Äpfelchen? Mit seiner Stellungnahme wollte er den EU-Parlamentariern und der EU-Kommission das heftig attackierte Urteil des Polnischen Verfassungsgerichts vom 7. Oktober erklären und die Zuhörer auf die Möglichkeit einer EU souveräner Mitgliedsstaaten ansprechen. Wer den Entscheid des Gerichts kennt und die Stellungnahme des polnischen Ministerpräsidenten (mit deutscher Simultanübersetzung) gehört hatte, rieb sich ob der sachfremden Reaktionen von Politikern und Medien verwundert die Augen. Hatte manche Zuhörer gar nicht zugehört?

Polnische Gesetzgebung gerät ins Fadenkreuz der EU-«Werte-Wächter»

Seit in Polen die «nationalkonservative» PIS (Partei für Recht und Gerechtigkeit) die meisten Wählerstimmen und deshalb auch die Mehrheit der Mandate im Parlament errungen hat, greifen die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof (EuGH) immer wieder in die polnische Staatsstruktur ein. Mit einem sogenannten Rechtsstaatlichkeitsverfahren gehen die EU-Organen seit 2017 insbesondere gegen Gesetzesänderungen im Bereich der Justiz vor. Ohne uns mit den Inhalten dieser Gesetze im einzelnen zu befassen, ist hier festzuhalten: Alle Gesetzesrevisionen werden vom rechtmässig gewählten Parlament beschlossen. Dass die Parlamentsmehrheit dabei öfters den Entwürfen der Regierung zustimmt, ist auch anderswo nichts Aussergewöhnliches.

– 5. November 2019 – Entscheid des EuGH: Teile eines vom polnischen Parlament geänderten Gesetzes über die ordentlichen Gerichte seien «nicht mit dem Unionsrecht vereinbar»: nämlich die Herabsetzung des Pensionsalters für Richter und die Kompetenz des polnischen Justizministers, die Amtszeit von Richtern zu verlängern (Gefährdung der «Unabhängigkeit der polnischen Gerichte»), sowie ein unterschiedliches Pensionsalter für männliche (65 Jahre) und weibliche (60 Jahre) Richter («Diskriminierung auf Grund des Geschlechts»)¹.

Anmerkung: Da haben wir Schweizerinnen ja Glück, dass wir keinen Rahmenvertrag mit Brüssel abgeschlossen haben, denn das nach wie vor tiefere AHV-Alter der Frauen verstösst ebenfalls gegen die «Diskriminierung auf Grund des Geschlechts».

– April 2020 – Entscheid des EuGH: Die polnische Disziplinarkammer, zuständig für Disziplinarverfahren gegen Richter, gefährde die «richterliche Unabhängigkeit». Im August 2021 setzte der oberste Gerichtshof Polens unter dem Druck der EU die Disziplinarkammer vorläufig aus.² Fazit: Der Hauptvorwurf der westlichen «Wertewächter» lautet, die Politik beziehungsweise die vom Volk gewählte, in Brüssel jedoch ungeliebte PIS-Partei beeinflusse die Gerichte. In Wirklichkeit stört die EU-Spitzen vermutlich etwas ganz anderes: Polen und andere Staaten in Osteuropa beharren darauf, selbst über ihre Staatsstruktur und ihre kulturellen Werte zu bestimmen.

Nur nebenbei: Das europaweite engste Päckli zwischen Exekutive und Justiz bildet zweifellos das Zweigespann EU-Kommission und Europäischer Gerichtshof, die einander – fast immer – gekonnt in die Hände spielen.

Polnisches Verfassungsgericht: Verfassung bleibt das oberste Gesetz der Republik Polen

Angesichts der Eingriffe des EuGH in polnisches Recht ist der Entscheid des Polnischen Verfassungsgerichts vom 7. Oktober gut nachvollziehbar.

Aus dem Urteil des Polnischen Verfassungsgerichts: Der Europäische Gerichtshof habe sich in das Verfahren zur Ernennung von Richtern gemäss polnischer Verfassung eingemischt, indem er die «Rechtmässigkeit des Verfahrens zur Ernennung von Richtern [...]» in Polen kontrolliert und gerügt habe (Urteil des Verfassungstribunals, Ziffer 2 lit a). Dies sei unvereinbar mit der polnischen Verfassung. Durch seine weite Auslegung verschiedener Artikel des Vertrages über die Europäische Union (EUV) habe der Europäische Gerichtshof die EU-Organen ermächtigt, «ausserhalb der Grenzen der von der Republik Polen in den Verträgen übertragenen Zuständigkeiten zu handeln» (Ziffer 1 lit a).

Die Europäische Union, so das polnische Verfassungsgericht, sei aber «von gleichberechtigten und souveränen Staaten gegründet» worden, die der EU lediglich bestimmte Kompetenzen übertragen hätten. Die Verfassung des

Einzelstaates – in diesem Falle Polens – bleibe «das oberste Gesetz der Republik Polen» (Ziff. 1 lit b). Andernfalls könne «die Republik Polen nicht als souveräner und demokratischer Staat funktionieren» (Ziff. 1 lit c).³ Wer kann etwas dagegen haben, dass ein Staat – auch als EU-Mitglied – souverän und demokratisch bleiben und sich an seine Verfassung halten will?

Protest gegen die absolute Macht des EuGH und der EU-Kommission

Der Sturm, der nach diesem Richterspruch durch die westlichen Medien brauste, ist jedem Zeitungsleser bekannt. Wie sonst sollen denn Polen oder Ungarn oder ein anderer EU-Mitgliedsstaat sich zur Wehr setzen, wenn der Europäische Gerichtshof, im Verbund mit der EU-Kommission, der Union immer mehr Kompetenzen zuspricht, die über die Inhalte der EU-Verträge hinausgehen? Wer nicht spurt, wird unter Druck gesetzt und bestraft, wie Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 19. Oktober in Strassburg demonstrierte – noch bevor der polnische Ministerpräsident zu Wort kam.

«Wir können und wir werden es nicht zulassen, dass unsere gemeinsamen Werte aufs Spiel gesetzt werden», erklärte sie mit viel Pathos. Das Urteil aus Warschau sei «eine unmittlere Herausforderung der Einheit der europäischen Rechtsordnung». Und sie zählte gleich die Strafmassnahmen auf, die sie gegen Polen in Gang setzen will: ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren und vor allem die Anwendung des Rechtsstaatsmechanismus.⁴

Das Rechtsstaatlichkeitsverfahren gemäss Art. 7 des EU-Vertrags hat der EU-Rat kürzlich erweitert, damit Brüssel einzelnen Mitgliedsstaaten Zahlungen aussetzen oder kürzen kann, wenn diese «gegen die Rechtsstaatlichkeit verstossen». Damit die Mitgliedsstaaten einander nicht vor diesem echten Hammer schützen können (wer kann es sich schon leisten, auf die Aber-Millionen und Milliarden aus Brüssel zu verzichten?), wurde das Einstimmigkeitsprinzip beim Rechtsstaatsmechanismus gekippt.⁵

Von der Leyen legte in Strassburg der polnischen Regierung quasi die Daumenschrauben an, indem sie ihr eben solche Beitragskürzungen androhte.⁶ Der EuGH hat dem Antrag der Kommission bereits am 27. Oktober stattgegeben: Eine Million Euro Busse pro Tag für den «schweren und nicht wieder gutzumachenden Schaden», den Polen der EU-Rechtsordnung zufüge. Dazu kommt seit

September eine halbe Million Euro täglich, weil Polen nicht auf den Braunkohleabbau verzichtet; schon 2017 verhängte der EuGH eine tägliche Busse von 100 000 Euro wegen Abholzung in einem Naturschutzgebiet.⁷ Wie gesagt: Das Päckli zwischen der EU-Kommission (Exekutive) und dem Europäischen Gerichtshof (Justiz) funktioniert bestens – damit kann man sich sogar in die inländische Energieversorgung und das Forstrecht einzelner Staaten einmischen.

Kein Wunder, setzte sich der polnische Ministerpräsident anschliessend zur Wehr – mit deutlichen Worten gegen die Erpressung und gegen die Kompetenzüberschreitungen der EU-Organen: «So gehen Demokratien nicht vor!» Er streckte aber auch die Hand aus zum Beschreiten des künftigen Weges als gleichberechtigte, souveräne Staaten (siehe Kasten unten).

Gegen die Urteile des EuGH gibt es bekanntlich keinen Rechtsweg. Er bestimmt als oberste Instanz, welches Recht und welche Werte in der «Wertegemeinschaft» EU gelten sollen. Das bestätigt die Weisheit des Schweizer Bundesrates, die Verhandlungen zum Rahmenvertrag mit Brüssel abzubrechen – wir freiheitsliebenden Schweizer und unser vom Volk bestimmtes Recht wären andernfalls gewaltig in die Mangel genommen worden! •

¹ «Kommission begrüsst Urteil des EuGH zum Pensionsalter für polnische Richter». Erklärung der Europäischen Kommission vom 5.11.2019

² «Justizreform. Polen legt Disziplinarkammer für Richter begrenzt lahm». Deutsche Welle vom 6.8.2021

³ «Bewertung der Vereinbarkeit ausgewählter Bestimmungen des Vertrags über die Europäische Union mit der polnischen Verfassung» Verfassungstribunal K 3/21 Ref. K 3/21. Urteil im Namen der Republik Polen vom 7. Oktober 2021. Übersetzung Zeit-Fragen. <https://trybunal.gov.pl/postepowanie-i-orzeczenia/wyroki/art/11662-ocena-zgodnosci-z-konstytucja-rp-wybranych-przepisow-traktatu-o-unii-europejskiej>

⁴ Steinvorth, Daniel. «Im Streit um die Rechtsstaatlichkeit in Polen droht von der Leyen mit Sanktionen der EU». In: Neue Zürcher Zeitung vom 19.10.2021

⁵ siehe dazu Wüthrich, Marianne. «Wer bestimmt die Werte in der «Wertegemeinschaft» EU?» In: Zeit-Fragen vom 13.7.2021

⁶ Steinvorth, Daniel. «Im Streit um die Rechtsstaatlichkeit in Polen droht von der Leyen mit Sanktionen der EU». In: Neue Zürcher Zeitung vom 19.10.2021

⁷ Steinvorth, Daniel. «Polen zu saftiger Strafzahlung verurteilt». In: Neue Zürcher Zeitung vom 28.10.2021

Aus der Rede des polnischen Ministerpräsidenten

Polens Regierungschef Mateusz Morawiecki liess sich vom Getöse nach dem Richterspruch des polnischen Verfassungsgerichts nicht abschrecken, sondern begab sich in die Höhle des Löwen, beziehungsweise ins EU-Parlament in Strassburg. Hier folgen einige markante Auszüge aus seiner Rede.

– Spielregeln müssen für alle gleich sein
«Politik muss auf Prinzipien beruhen. Das wichtigste Prinzip, zu dem wir uns in Polen bekennen und das die Grundlage der Europäischen Union bildet, ist das Prinzip der Demokratie. Deshalb können wir nicht schweigen, wenn unser Land – auch in diesem Saal – auf unfaire und parteiische Weise angegriffen wird. [...]

Es ist inakzeptabel, Befugnisse auszuweiten und auf der Grundlage vollendeter Tatsachen zu handeln. Es ist inakzeptabel, anderen seine Entscheidungen ohne Rechtsgrundlage aufzuerlegen. Erst recht inakzeptabel ist es, zu diesem Zweck die Sprache der finanziellen Erpressung zu verwenden, von Sanktionen zu sprechen oder noch weitergehende Worte gegen bestimmte Mitgliedsstaaten zu verwenden. [...] Das ist nicht die Art und Weise, wie Demokratien vorgehen.»

– Die Europäische Union ist kein Staat
«Das Unionsrecht geht dem nationalen Recht vor [...] gemäss den Verträgen und in den Kompetenzbereichen, die der Union übertragen wurden. Dieser Grundsatz gilt in allen EU-Ländern. Die Verfassung bleibt jedoch das oberste Recht. Wenn die durch die Verträge geschaffenen Institutionen ihre Befugnisse überschreiten, müssen die Mitgliedsstaaten über Instrumente verfügen, um darauf reagieren zu können.»

– Grundsatz des Vorrangs des Unionsrechts darf die nationale Verfassung nicht aushöhlen
Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Gegen die absolute Machtanmassung des EuGH haben schon manche anderen Verfassungsgerichte in EU-Ländern protestiert. In diesem Sinne zitiert der polnische Regierungschef aus Entscheidungen des französischen Verfassungsrats, des dänischen Obersten Gerichtshofs sowie des deutschen Bundesverfassungsgerichts und nennt weitere Staaten mit ähnlichen Gerichtsentscheidungen. Zum Beispiel: «Die Verfassung verbietet die Übertragung von Kompetenzen in einem Ausmass, das dazu führen würde, dass (ein Staat) nicht als souveräner und demokratischer Staat angesehen werden kann.» Alle diese nationalen Verfassungsgerichte hätten eines gemeinsam, so Mateusz Morawiecki: Sie bestehen auf ihrem «Recht zu kontrollieren, ob das Unionsrecht innerhalb der Grenzen dessen angewendet wird, was ihm anvertraut wurde».

– Verfassungsppluralismus und Entscheidung für den künftigen Weg der EU
«Verfassungsppluralismus bedeutet, dass es Raum für einen Dialog zwischen uns, unseren Ländern und Rechtssystemen gibt. Dieser Dialog findet auch durch Gerichtsentscheidungen statt. Wie sonst sollten Gerichte kommunizieren, wenn nicht durch ihre Entscheidungen? Es kann jedoch keine Zustimmung dazu geben, den Staaten Anweisungen und Befehle zu erteilen. Das ist nicht der Sinn der Europäischen Union. Wir haben viele Gemeinsamkeiten, wir wollen immer mehr Gemeinsamkeiten haben – aber es gibt auch Unterschiede zwischen uns. Wenn wir zusam-

menarbeiten wollen, müssen wir akzeptieren, dass es diese Unterschiede gibt, wir müssen sie akzeptieren, wir müssen uns gegenseitig respektieren.»

«Die Union wird nicht daran zerbrechen, dass unsere Rechtssysteme unterschiedlich sind. [...] Heute können wir zwei Haltungen einnehmen: Entweder wir stimmen allen aussergesetzlichen, ausservertraglichen Versuchen zu, die Souveränität der europäischen Länder, einschliesslich Polens, einzuschränken, durch die schleichende Ausweitung der Zuständigkeiten von Institutionen wie dem Europäischen Gerichtshof [...], oder wir können sagen: «Nein, meine Lieben» – wenn ihr Europa zu einem Superstaat ohne Nationen machen wollt, dann müsst ihr zuerst die Zustimmung aller europäischen Länder und Gesellschaften dazu einholen.»

– Polen respektiert die Verträge mit der EU im Rahmen seiner Verfassung

«Ich wiederhole noch einmal: Das oberste Recht der Republik Polen ist die Verfassung. [...] Es ist jedoch zu betonen, dass das polnische Gericht, auch in seinem jüngsten Urteil, nie erklärt hat, dass die Bestimmungen des Unionsvertrags völlig unvereinbar mit der polnischen Verfassung sind.»

– Klare Rechtsgrundlage statt kreative Neuinterpretation

«Das Phänomen des Demokratiedefizits wird seit Jahren diskutiert. Und dieses Defizit hat sich weiter verschärft. Nie zuvor war es jedoch so sichtbar wie in den letzten Jahren. In zunehmendem Masse werden Entscheidungen auf Grund von gerichtlichem Aktivismus hinter verschlossenen Türen getroffen [...]. Und immer öfter geschieht dies ohne eine klare

Grundlage in den Verträgen, sondern durch deren kreative Neuinterpretation. Und ohne jede echte Kontrolle. [...] Heute ist dieser Prozess so weit fortgeschritten, dass wir sagen müssen: Stopp. Die Zuständigkeiten der Europäischen Union haben ihre Grenzen. Wir dürfen nicht länger schweigen, wenn sie überschritten werden.»

– Ein Europa, das für Gerechtigkeit, Solidarität und Chancengleichheit kämpft

«Verehrte Abgeordnete. Ich will ein starkes und grosses Europa. Ich will ein Europa, das für Gerechtigkeit, Solidarität und Chancengleichheit kämpft. Ein Europa, das in der Lage ist, autoritären Regierungen die Stirn zu bieten. Ein Europa, das die neuesten wirtschaftlichen Lösungen priorisiert. Ein Europa, das die Kultur und die Traditionen, aus denen es hervorgegangen ist, respektiert. Ein Europa, das die Herausforderungen der Zukunft erkennt und an den besten Lösungen für die ganze Welt arbeitet. Dies ist eine grosse Aufgabe für uns. Für uns alle, liebe Freunde. Nur so werden die Bürgerinnen und Bürger Europas Hoffnung auf eine bessere Zukunft schöpfen. Sie werden den inneren Willen zum Handeln und den Willen zum Kämpfen finden. Das ist eine schwierige Aufgabe. Aber nehmen wir sie in Angriff. Nehmen wir sie gemeinsam in Angriff. Es lebe Polen, es lebe die Europäische Union souveräner Staaten, es lebe Europa, der grösstestige Ort der Welt! Ich danke Ihnen sehr.»

Quelle: <https://www.gov.pl/web/primeminister/statement-by-prime-minister-mateusz-morawiecki-in-the-european-parliament> (Übersetzung Zeit-Fragen)

Können wir von China lernen?

von Moritz Nestor

In dem 2009 auf Deutsch erschienenen Buch von Yu Dan «Konfuzius im Herzen. Alte Weisheiten für die moderne Welt» heisst es:

«Arm, aber trotzdem glücklich und zufrieden sein, das riecht in der heutigen Welt leicht nach mangelndem Ehrgeiz. Es herrscht ein riesiger Konkurrenzdruck, und jeder versucht nach Kräften, in seinem Beruf voranzukommen. Die Höhe des Einkommens und das Prestige des jeweiligen Postens sind scheinbar die einzigen Kriterien geworden, den Erfolg eines Menschen zu beurteilen. Doch je schärfer der Wettbewerb, desto wichtiger ist es für uns, unsere Einstellung zu überdenken und auch im Umgang mit anderen Menschen offen zu sein. Wie kann man sich im einundzwanzigsten Jahrhundert noch wahrhaft menschlich verhalten?» (S. 34)

Auf diese Frage versucht das Buch der 1965 geborenen Chinesin Yu Dan, Professorin für Chinesische Literatur und Dekanin am Fachbereich Film und Fernsehen an der Beijing Normal University, aus der Sicht der chinesischen Philosophie tragende Antworten für die Lebensführung zu geben – für das heutige selbstbewusste China. Und für «uns Menschen». Mehr als zehn Millionen Exemplare ihres Konfuzius-Buches sind bereits an ein begeistertes Publikum verkauft. Die deutsche Ausgabe erschien 2009, grosszügig unterstützt vom Übersetzungsfond des Amtes für Presse und Publikationswesen der Volksrepublik China. Das chinesische Fernsehen begeistert mit Yu Dans Sendungen über die Gespräche des Konfuzius (Lun Yu) ebenfalls Millionen Zuschauer.

Für Yu Dan ist die 2500 Jahre alte Lehre des Konfuzius gleichsam eine heilende heisse Quelle.

«Was ich tun kann, ist, mich selbst ins Wasser zu begeben und – wie unzählige Menschen vor mir – am eigenen Leib der wohlthuenden Wirkung dieser Quelle nachzuspüren, die uns seit über zweitausend Jahren ihre Wärme spendet. Der Güte erkennt die Güte anderer, der Weise auch eine fremde Weisheit.» (S. 10f.)

Man meint zwischen diesen und ähnlichen Zeilen herauszulesen, was es bedeutete, dass Yu Dan schon als Sechsjährige an der Hand ihres Grossvaters, eines Literaturwissenschaftlers und Philosophen, mit der 2500 Jahre alten Lehre des Konfuzius vertraut wurde.

«Klassiker wie Konfuzius rufen in uns Menschen Ehrfurcht hervor», sagt Yu Dan. Aber mehr noch: Es sei deren «Offenheit und Anpassungsfähigkeit, die uns Menschen seit Jahrtausenden ihre Nähe suchen lässt. Ein jeder kann durch sie individuelle, ganz persönliche Einsichten gewinnen, denn so unterschiedlich die Lebenswege sein mögen, ihnen liegen die gleichen gemeinsamen Werte zugrunde. «Echte Wahrheit ist uns nah», dieser Ausspruch trifft es wohl am besten. Ich glaube, die wirklich Weisen dieser Welt erschrecken die Menschen nicht.» (S. 11)

Wenn Yu Dan «in uns Menschen» sagt und dass unseren individuellen Lebenswegen «die gleichen gemeinsamen Werte zugrunde» liegen, betont sie damit den naturrechtlichen Gehalt der konfuzianistischen Lehre, um es in westlichen Worten zu sagen. Der europäische Leser kann das dann für sich weiterdenken und mit der eigenen Kulturentwicklung vergleichen, wann, wo und wie die Grundprinzipien der konfuzianistischen Lehre unter anderen Bedingungen und auf anderen denkerischen Wegen und in einer anderen Sprache auch in der europäischen Naturrechtsphilosophie, im Christentum und in der personalen Psychologie und Anthropologie auftauchen. Und er findet für sich heute eine wertvolle Weisheit, die ihn über das populistische Tagesgeschwätz erhebt: dass das Naturrecht eben keine «katholische Sonderlehre» ist, sondern gerade in den tausendjährigen Hochkulturen, wie es China mit seinen 5000 Jahren und das «alte Europa» mit seinen 2500 Jahren sind, Ausdruck humanen Denkens und Fühlens: dass der Mensch geboren ist mit einer «Intention auf aufrechten Gang, auf menschliche Würde», wie Ernst Bloch einmal schrieb.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Vor 2500 Jahren lehrte Konfuzius in China. Im antiken Europa schufen die Staatsmänner und Philosophen der griechischen Aufklärung in etwa der

gleichen Zeit die ersten grossen Werke demokratischen und naturrechtlichen Denkens. Wenn sie auch andere Wege als Konfuzius gingen, so kamen sie doch wie der grosse chinesische Meister zum gleichen Ziel: dass allen Kulturen «die gleichen gemeinsamen Werte zugrunde» liegen, weil sie trotz ihrer individuellen Unterschiede Menschen sind: das Zoon politikon, wie Aristoteles sagt. Politisch hiess das: In der Natur des Menschen liegt etwas Überzeitliches, an dem sich staatliches Handeln messen lassen muss, damit Recht gerecht werden kann. Macht allein schafft noch kein Recht, erkennen Konfuzius wie die antiken Griechen. Frieden allein reicht nicht. Es muss ein gerechter Friede sein. Der konfuzianistisch gebildete chinesische Herrscher musste zum Wohl des Volkes handeln, ansonsten hatte das Volk ein Recht auf Widerstand.

Der europäische Leser wird bescheiden bei der Lektüre, denn er sieht, wie im China vor 2500 Jahren ein moralphilosophisches und staatspolitisches Denken entsteht, mit dem China Europa weit voraus war.

«Zeit ist kostbar»

Yu Dan kleidet ihre Antwort auf die Frage «Wie kann man sich im einundzwanzigsten Jahrhundert noch wahrhaft menschlich verhalten?» in eine Art Gleichnis: Wissenschaftler wollten einmal die Lebensenergie von Kürbissen herausfinden. Dazu belegten sie sie mit unterschiedlichen Gewichten, jeweils gerade soviel, dass die Frucht nicht zerdrückt wurde, sondern weiterwachsen konnte. Alle bis auf einen liessen sich problemlos mit dem Messer zerschneiden, als sie reif waren. Einen aber hatte man besonders lang und schwer belastet. Als er reif war und man ihn aufschneiden wollte, glitten Messer und Beile ab, und man musste eine Kettensäge holen. Fest wie ein Baumstamm war sein Fruchtfleisch geworden.

Für Yu Dan ist das ein Bild «über das Leben an sich, eine grossartige Metapher für die Welt, in der wir modernen Menschen leben, und für die innere Lebenskraft, die wir entwickeln sollten. [...] «Zeit ist kostbar» – das gilt heute mehr denn je. Bis zum siebzigsten Lebensjahr zu warten, das dauert zu lange. Fangen wir lieber hier und heute damit an. Die Gespräche des Konfuzius und die anderen konfuzianistischen Klassiker – überhaupt alle Erkenntnisse und Erfahrungen,



Konfuzius, hier in einer traditionellen Darstellung aus der Tang-Zeit, lebte vermutlich 551–479 v. Chr. (Bild Wikipedia)

gen, die die Weisen der alten Tage uns hinterliessen – haben nur einen wahren Sinn: Ihr Studium soll uns helfen, die eigene Lebenszeit besser zu nutzen. Es soll uns Umwege ersparen und uns schneller zu Menschen mit edlem Charakter und Menschenliebe im Herzen werden lassen. [...] So werden wir sowohl unserem eigenen Herzen als auch unserem Platz in der Gesellschaft gerecht. [...] darin liegt die Bedeutung der weisen Männer einen Weg aufzuzeigen, dem ihre Nachfolger über die Jahrhunderte hinweg folgen konnten [...]. Dadurch sind sie zu Heiligen geworden und für die Chinesen zur Seele einer Nation.» (S. 218)

Der Mensch habe neben seinem biologischen immer auch ein «geistiges und gesellschaftliches Alter. Es spricht nichts dagegen, auch mit zwanzig oder dreissig bereits eine

Konfuzius, aus dem Buch «Lunyu»

«Wenn ein Edler achtungsvoll ist, ohne es an etwas fehlen zu lassen, und im Umgang mit anderen höflich und anstandsbewusst, dann sind alle auf dem Weltkontinent Brüder.» (12.5)

«Ein Edler harmoniert mit anderen, aber er macht sich nicht gleich (passt sich nicht an). Ein [charakterlich] Gemeiner macht sich anderen gleich, harmoniert aber nicht mit ihnen.» (13.23)

«Ein Edler kultiviert sich selbst und bringt damit den anderen Frieden.» (14.42)

«Ein Edler stellt Forderungen an sich selbst, ein Gemeiner stellt sie an andere.» (15.21)

«Ein Edler sinnt nach dem Dao (dem rechten Weg), nicht nach dem Verdienst. [...] Er macht sich Sorgen um das Dao, nicht um seine Armut.» (15.31)

«Heutzutage versteht man unter Pietät, sich auf Versorgung zu verstehen. Aber eine Versorgung können sogar Pferde und Hunde erhalten. Worin besteht der Unterschied [zur Versorgung der Eltern], wenn man keine Achtung besitzt?» (2.7)

Ein Schüler fragte Konfuzius, «was Menschlichkeit sei». Konfuzius antwortete: «Sei im privaten Leben respektvoll, handle achtungsvoll, wenn du eine Sache in die Hand nimmst, und sei im Umgang mit anderen wohlwollend.» (13.19)

«Ausserhalb des Hauses benehme man sich, als empfangen man einen hohen Gast. Setzt man das Volk zur Arbeit ein, dann wie bei einer grossen Opferfeier. Was man selbst nicht wünscht, das tue man anderen nicht an. So wird man sich weder im Staat noch in seinem Clan Feindschaft zuziehen.» (12.2)

Der Schüler fragte nach der Menschlichkeit. Konfuzius sagte: «Die Menschen lieben.» (2.22)

Ein Schüler fragte: «Gibt es etwas, was aus einem Wort besteht und was man so das ganze Leben hindurch befolgen kann?» Konfuzius: «Das ist wohl die Gleichbehandlung (shu): Was man selbst nicht wünscht, da tue man anderen nicht an.» (15.24)

«Für einen Menschlichen gilt: Wenn er selbst den Wunsch hat, auf der Welt zu bestehen, verhilft er auch anderen dazu. Und wenn er Vollendung begehrt, verhilft er auch anderen dazu.» (6.30.2)

Menzius, Schüler des Konfuzius: «Der Wunsch nach Würde ist eine Ambition, die alle Menschen teilen. Aber jeder einzelne Mensch hat eine Würde in sich selbst, an die er nur nicht denkt (liang gui).» (6A17)

Aus: Laass, Henner et al. Lesebuch Interkultureller Humanismus. Texte aus drei Jahrtausenden. Schwalbach/Ts. 2013, S. 96–98 und S. 103

der höheren Stufen des Lebensweges zu erreichen. Schon früh lernen, den äusseren Druck, der auf uns lastet, in innere Widerstandskraft zu verwandeln» (S. 217), übersetzt Yu Dan das Bild vom Kürbis.

«Mit fünfzehn war mein Wille aufs Lernen ausgerichtet.»

Was sagt der chinesische Klassiker uns Europäern über das Lernen? Der Lebensweg des Menschen beginne mit Lernen, sagt Konfuzius: «Mit fünfzehn war mein Wille aufs Lernen ausgerichtet.» «Lernen, ohne zu denken, ist nutzlos. Denken ohne zu lernen, ist gefährlich.» Und: «Zu viel ist genauso falsch wie zu wenig.» (S. 196) In anderen Ländern gehe man davon aus, streicht Yu Dan heraus, «erfolgreiches Lernen müsse eine Veränderung des Handelns bewirken», also Steigerung von Effizienz, Veränderung des Wertesystems und bessere Anpassung an die gesellschaftlichen Anforderungen.

In China dagegen, schreibt sie, «war man immer der Ansicht, dass eine Veränderung im Denken den Lernerfolg kennzeichnet. Lernen bestand demnach darin, sich einen fremden Standpunkt [...] zu eigen zu machen und das Gehörte wiederum anderen weitergeben zu können.» (S. 196) Selbständiges Denken und Anwenden des Gelernten bei einer «entspannten Lernweise» gehört untrennbar zum Lernen.

«Mit dreissig war ich eigenständig.»

Anfang zwanzig beginnt der Mensch, ein eigenständiger Teil der Gesellschaft zu werden. Mit dreissig sollte er dann «eigenständig sein», sagt Konfuzius und meint vor allem eine innerliche Eigenständigkeit, mit der man seinen Platz in der Gesellschaft findet: nicht mehr blauäugig, aber auch nicht mehr verloren oder rebellisch. Im Mittelpunkt des «wirklich bereichernden Lernens» steht damit die Persönlichkeitsbildung und die Anwendbarkeit des Gelernten, das heisst auch: Selbstvertrauen besitzen.

Eine, westlich gesprochen, reife Persönlichkeit «beherrscht Himmel und Erde gleichermaßen». Yu Dan erklärt, diese Formulierung stamme aus dem chinesischen Schöpfungsmythos und umfasse «das Persönlichkeitsideal der Chinesen: jemand, der einerseits in seinem Idealismus und seiner Vorstellungskraft völlig frei über den Dingen schwebt und sich in diesem Raum nicht um die Regeln und Hemmnisse der materiellen Welt schert, der aber gleichzeitig mit beiden Beinen auf dem Boden steht und durch sein Handeln in dieser Welt Einfluss auf die Dinge nimmt. Wer also nur von Idealismus getrieben und ohne Bodenhaftung ist, der ist kein Idealist, sondern ein Träumer. Wer jedoch allzu «erdlastig» ist, also, ohne an den Himmel zu denken, nur das Weltliche vor Augen hat, der ist nicht Realist, sondern Pragmatiker.» (S. 22f.)

«Mit vierzig war ich frei von Zweifeln.»

Zwischen dreissig und vierzig liegen die besten Lebensjahre: Man lernt sich zu beschränken und ein «richtiges Mass» zu finden, sagt Konfuzius, als habe er den rund 200 Jahre späteren Aristoteles gelesen, der in seiner Tugendlehre sagte, dass der Mensch etwas um vierzig herum das Stadium erreichen könne, wo er im Tun das «Mass der Mitte» in seine Lebensführung integriert habe. «Freude, Wut, Trauer und Heiterkeit nicht nachgeben – das ist die Mitte; ihnen nachgeben, aber dabei das rechte Mass wahren, das ist Harmonie.» (S. 206) So entstehe nach Konfuzius in uns ein Zustand von Harmonie, der ein Leben in Frieden ermögliche. Der Mensch strahle Gelassenheit und Herzensruhe aus und ist zu einem nützlichen Glied der Gemeinschaft geworden. Das meinte Yu Dan eben, wenn sie sagte, die reife Persönlichkeit würde sich nicht als Träumer ohne Bodenhaftung einzig vom Idealismus treiben lassen, sondern sei jemand, der «mit beiden Beinen auf dem Boden steht und durch sein Handeln in dieser Welt Einfluss auf die Dinge nimmt».

Wir Heutigen im Westen täten besser daran, anderen Ländern und Kulturen zuzuhören zu lernen. Denn das haben wir verlernt, wenn wir es denn je konnten. Der offene Kolonialismus ist nicht lange her. In unserem Nichtzuhören-Können aber lebt er innerlich fort. Wir könnten von Konfuzius viel lernen. •

Beginnt die Freiheit beim Gamen?

Von der Schutzpflicht der Staaten gegenüber ihrer Jugend

von Dr. Eliane Perret, Heilpädagogin und Psychologin

Der zunehmende Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen gibt immer wieder Anlass zu Diskussionen. Als die Volksrepublik China Ende August dieses Jahres neue Regelungen bekanntgab, mit denen sie ihre heranwachsende Generation schützen will, erschienen viele Presseberichte, in denen dieses Vorgehen kritisiert wurde. Es wäre aber an der Zeit, sich ernsthaft dieser Frage zu stellen.

Fussballtraining, Klavierspiel, Ballett, Unihockey – und wo bleibt das Gamen?

Nach den Sommerferien stellten sich die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe gegenseitig mit einem Steckbrief vor. Es ging um ihr Lieblingsfach, ihre Lieblingsfarbe, ihr Lieblingsgetränk, ihre liebste Freizeitbeschäftigung und anderes Liebstes mehr. Da war die Rede von intensivem Fussballtraining, Klavierspiel, Ballett, Unihockey, dem Bau von ferngesteuerten Autos und anderem. Ich staunte, hatte ich doch gelesen, dass in der Schweiz die meisten Jugendlichen täglich mehrere Stunden vor dem Bildschirm verbringen und die Zeit, die Jugendliche am Handy verbringen würden, im Vergleich zur letzten Erhebung insbesondere am Wochenende nochmals stark zugenommen habe. 40% der Jugendlichen würden regelmässig Videogames spielen, sich über *Social Media* informieren und via Handy mit ihren Freunden und Verwandten kommunizieren. Der mediale Alltag sei seit längerem durch das Handy und Internet geprägt, und kaum ein Jugendlicher nutze nicht täglich das Handy oder das Internet, so hiess es in der *James-Studie 2020*. In den besagten Steckbriefen kamen jedoch «chillen», «mit Freunden abhängen» oder gar «gamen», wenn überhaupt, erst etwas verschämt an letzter Stelle. Gehörten unsere Schülerinnen und Schüler zu den seltenen Ausnahmen?

China: Online-Spielzeit einschränken

Im gleichen Zeitraum war in den Medien zu lesen, dass die chinesische Regierung die Online-Spielzeit ihrer Kinder und Jugendlichen einschränken wolle. Die Kommentare in unserem Blätterwald waren durchwegs skeptisch bis ablehnend, man sprach von «rigorosen Methoden», «absurden Vorschriften» und «drastischen Massnahmen». Eine solche Einstimmigkeit lädt stets zu genauerem Nachforschen ein! – Die chinesische *National Press and Publication Administration (NPPA)* hatte bekanntgegeben, dass fortan Anbieter von Online-Spielen sicherstellen müssten, dass sie Minderjährigen (unter 18 Jahren) nur noch freitags, samstags, sonntags und an gesetzlichen Feiertagen ihre Dienste anbieten würden, und zwar jeweils für eine Stunde von 20 bis 21 Uhr. Zudem müssten die Firmen dafür sorgen, dass sich die Nutzer mit ihren echten Namen einloggen und registrieren und damit ihr Alter preisgeben. Online-Unternehmen, welche diese Massnahmen nicht umsetzen, sollen gesetzlich verfolgt werden können. Der chinesische Tech-Konzern *Tencent* hat Presseberichten zufolge diese Weisung mit einer entsprechenden Technologie bereits umgesetzt.

Ein gutes Umfeld für eine gesunde Entwicklung schaffen

In China sollen Kinder und Jugendliche also künftig an Schultagen nicht mehr gamen dürfen. In der Bekanntmachung werden Familien, Schulen und andere gesellschaftliche Bereiche dazu angehalten, ihre Verantwortung für den Schutz der Minderjährigen im Einklang mit dem Gesetz wahrzunehmen und ein gutes Umfeld für eine gesunde Entwicklung von Minderjährigen zu schaffen.

Die zur staatlichen Nachrichtenagentur *Xinhua* gehörende Wirtschaftszeitung «*Economic Information Daily*» hatte zuvor verlangt, dass Spielplattformen soziale Verantwortung übernehmen und nicht einfach Profite nachjagen sollten, und erklärt, Videospiele seien zu einem «geistigen Opium» und «elektronischen Drogen» geworden, welche die Kinder vom Lernen abhalten und ihrer eigenen Kultur entfremden würden. Eine Charakterisierung, die an den Opiumkrieg erinnert, mit dem die Zeit der Unterwerfung Chinas unter die wirtschaftlichen



(Bild: keystone)

«Wäre es nicht an der Zeit zu überdenken, was wir unseren Kindern und Jugendlichen als «geistige Nahrung» zur Verfügung stellen (oder auch zumuten)? Sich weltweit zu verbinden, den Bemühungen anderer Länder mit Respekt zu begegnen, gegenseitige Erfahrungen auszuwerten und voneinander zu lernen?»

Interessen westlicher Grossmächte begann. Eine Beschreibung, die man nicht einfach ad acta legen sollte, auch wenn der besagte Zeitungsartikel in der Folge überarbeitet und entschärft wurde.

Familiärer Konflikttherd – berechtigte Sorge

Als ich das las, ging mir ein Gespräch mit einer Mutter und ihrem Sohn durch den Kopf, bei dem wir seine schulische Entwicklung besprachen. Uns machte Sorgen, dass er seit einiger Zeit am Morgen unausgeschlafen wirkte, im Unterricht abwesend zu sein schien und starke Stimmungsschwankungen hatte. Als das Gespräch auf seine Freizeitaktivitäten kam, sank die Raumtemperatur mindestens um gefühlte zehn Grad, und der Sohn musterte seine Mutter mit eisigem Blick. Sie erzählte, dass ihr das «Gamen» ihres Sohnes grosse Sorgen mache. Sie hätten zwar Regelungen, aber ihr Sohn würde tausend Ausreden haben und Möglichkeiten finden, diese zu umgehen. Sie vermute, dass er nachts online sei und deshalb unausgeschlafen, obwohl sie auch dagegen Massnahmen getroffen hätten. Leider seien sich ihr Mann und sie nicht einig; er selbst würde ebenfalls oft Onlinespiele machen. Was die Mutter uns schilderte, war nicht aussergewöhnlich. Seit längerem ist dieses Thema Bestandteil von vielen Schulgesprächen, oft in Zusammenhang mit schlechteren Leistungen, auffälligem Müdessein und ungewohntem Desinteresse. Offenbar nicht nur ein chinesisches Problem!

Chinesische Online-Gaming-Industrie – eine lange Geschichte

Auch in China führen die Computerspiele schon längst kein Nischendasein mehr. Bereits seit 2009 ist das Land der weltweit grösste Markt für Online-Games. Im Jahr 2013 wuchs er im Vergleich zum Vorjahr um 33% (es ging um mehr als zehn Milliarden Franken), geplant war bis 2017 eine Wachstumsrate von mindestens 22% jährlich. Den grössten Zuwachs verzeichnete man bei den Mobile Games, die auf dem Smartphone bzw. Tablet-Computer gespielt werden können. Die chinesische Online-Gaming-Industrie wird von privaten Investoren dominiert. Zu Beginn unterstützte die Regierung die Entwicklung der Spielindustrie und sah in den Spielen Möglichkeiten zur Stärkung des nationalen Bewusstseins. In China produzierte Games waren deshalb mehrheitlich in fiktiven Spielwelten vor historischem Hintergrund angesiedelt. Die populärsten Spiele stammen jedoch seit längerem aus den USA und Korea.

Möglicher negativer Einfluss zuerst kein Thema

In den Anfängen der Computerspiele war in China ein möglicherweise negativer Einfluss

von Computerspielen auf gewalttätiges, aggressives Verhalten kein Diskussionsthema. Im Gegenteil, schon 2003 wurde das wettbewerbsorientierte Computerspielen vom nationalen chinesischen Sportverband als offizieller Sport anerkannt. Zehn Jahre später gründete die chinesische Sportverwaltung die offizielle Nationalmannschaft für Computerspiele. Bei uns spricht man heute von E-Sport. Die Zahl der regelmässigen Online-Spieler stieg zwischen 2004 und 2014 rasant an von 20 auf rund 340 Millionen Chinesen (die Hälfte aller chinesischen Internetsnutzer). Spielkonsolen (Playstation, X-Box) waren lange Zeit verboten. Die meisten Spiele konnte man gratis herunterladen, hingegen war das Zukaufen von Spielzeit und Hilfsmitteln für den Spielerfolg ein lukratives Geschäft. Nach einem Wildwuchs von Spielen klassifizierte das Kulturministerium 2003 die Online-Games als Kulturaktivitäten im Internet, die eine Genehmigung brauchten. Die Regierung unterstützte für einige Jahre die Produktion inländischer Spiele, welche die nationale Gesinnung, den Zeitgeist und ein gesundes Heranwachsen der Jugend vermitteln sollten. Am beliebtesten waren aber weiterhin ausländische Games wie *World of Warcraft (WoW)*. Mit der Zeit wurde man sich der mit den Spielen verbundenen Probleme bewusst, und im März 2018 strukturierte sich die lizenzvergebende Behörde neu. Sie sollte fortan die Spiele auf mögliche ethische Probleme untersuchen und auch der sich zunehmend ausbreitenden Internetsucht und körperlichen Problemen wie der grassierenden Kurzsichtigkeit wirksam entgegenreten.

Kein Gemetzel, kein Blut, keine freizügigen Darstellungen

Daraufhin stand der Game-Markt für einige Monate still. Dann prüfte das neue Ethik-Komitee für Online-Games die ersten zwanzig Spiele. Elf davon mussten nachgebessert werden, die restlichen neun wurden verboten, unter ihnen das weltweit gespielte und als stark suchterzeugend bekannte *Fortnite*, während *WoW* und *League of Legends* nachgebessert werden mussten. Man wollte keine Spiele mehr mit freizügig dargestellten Frauen, Blut, Gemetzel und geschichtverfälschenden Inhalten. Schliesslich kam es 2019 zu neuen Regelungen. Minderjährigen Nutzern wurde untersagt, zwischen 22 Uhr abends und 8 Uhr morgens Online-Spiele zu konsumieren. Die maximale Spielzeit war an Wochentagen auf eineinhalb Stunden und fürs Wochenende und an Feiertagen auf drei Stunden festgelegt, in den Ferien war täglich eine Stunde erlaubt. Ausserdem durften 8- bis 16-jährige Spieler monatlich höchstens noch 28 Franken für zusätzliche In-Game-Käufe ausgeben, für die 16- bis 18-jährigen war das Doppelte erlaubt. Diese Regelungen waren

Tencent

Der weltweit erfolgreichste Betreiber von Online-Spielen ist mit Abstand der chinesische Internetkonzern *Tencent*. Ausländische Firmen haben in China keinen direkten Zugang, um ihre Spiele zu vertreiben, sondern zu den entsprechenden Lizenzen sind ausschliesslich chinesische Unternehmen berechtigt. So nimmt *Tencent* beim Vertrieb nicht-chinesischer Spiele eine marktbeherrschende Rolle ein. Mit einem Umsatz von acht Milliarden US-Dollar zwischen Juni 2014 und Juni 2015 war er der weltweite Spitzenreiter, seither hat der Konzern durch die Übernahme grosser ausländischer Online-Spiel-Anbieter seine Position weiter gefestigt.

der erste Versuch, die mentale und körperliche Gesundheit der heranwachsenden Generation zu schützen und zu verhindern, dass Kinder und Jugendliche in eine Sucht nach Online-Spielen abgleiten.

Reaktion auf die ungebremsste Gewinnsucht der Glücksspielindustrie

Doch wurden die getroffenen Regelungen nur beschränkt eingehalten, und man fand Wege, sie zu umgehen. So tricksten beispielsweise clevere Game-Entwickler das «Blut-Verbot» aus, indem sie die Farbe des Bluts änderten. Daher blieben die vorhandenen Probleme weiterhin bestehen und führten zu den August 2021 veröffentlichten Regelungen. Mit ihnen kann solchen Spielen eine Verkaufslizenz verweigert werden.

Die aktuellen Regierungsmassnahmen stehen deshalb nicht im luftleeren Raum, sondern sind eine Reaktion auf eine Entwicklung, die sie nötig machten. «Es ist an der Zeit, dass unser Land dieses Problem direkt angeht», kommentierte *Tong Lihua*, Direktor des Pekinger Kinderrechtshilfe- und Forschungszentrums, die jüngsten Regelungen, und fügte hinzu, dass der jüngste Schritt eine Reaktion auf die ungebremsste Gewinnsucht der Glücksspielindustrie sei, die auf die hohe Wahrscheinlichkeit einer Suchterkrankung setze.¹

Spielsucht – eine schwere Last für alle

Die *Weltgesundheitsorganisation WHO* hat Computerspielsucht mit dem Code 6C51 in die neueste Version des Klassifikationssystems psychischer Krankheiten aufgenommen. Es soll am 1. Januar 2022 in Kraft treten. Eine Suchterkrankung ist für den Betroffenen und sein ganzes Umfeld eine schwere Belastung. Das zeigt eindrücklich ein Film des Schweizer Fernsehens über das Leben eines 30-jährigen Mannes, dessen Leben sich zehn Jahre lang nur um Computerspiele drehte.² Bis zu 20 Stunden täglich war er am Gamen, verwarflose zunehmend und war kaum noch zu realem zwischenmenschlichem Kontakt fähig. Als 20-jähriger hatte er seine Lehre geschmissen und verbrachte seine Zeit, von der Umwelt abgekapselt und heruntergekommen, vor dem Bildschirm. Es brauchte einen entschlossenen Schubs von aussen, damit er auf einem Bauernhof im Berner Oberland einen Entzug wagte und einen neuen Start ins Leben versuchte. Die lange Zeit, in der er sich den Aufgaben des Lebens verweigert hatte, wurde offensichtlich, und er musste lernen, sich in einem ganz normalen Alltag zurechtzufinden. Doch die Sucht holte ihn immer wieder ein, so dass er sich letztlich für eine stationäre Behandlung in einer Suchtklinik entschliessen musste.

Wer würde das unseren heranwachsenden Kindern wünschen?

Und bei uns? – Antrag auf Förderung!

Vor zwei Jahren reichte im Deutschen Bundestag die Fraktion der FDP den Antrag *Smart Germany – Games – Treiber für Innovation und Kreativität* ein.³ Ausgehend von der Feststellung, dass 2018 mit Spielen und

Fortsetzung auf Seite 8

Innehalten! Neu sehen! Sich Gedanken machen ...

Johannes Vermeer. Vom Innehalten – Zur Ausstellung in der Gemäldegalerie Dresden

von Gisela Schlatterbeck-Kersten

Als im März dieses Jahres die Ausstellung von Bildern des holländischen Malers Jan Vermeer in den Staatlichen Kunstsammlungen von Dresden* angekündigt wurde, erregten zwei Dinge meine Aufmerksamkeit.

Eine Ausstellung – die einigen Rummel mit sich bringen würde – mit dem Titel «Vom Innehalten» anzukündigen, hat mich sehr berührt. In meiner Studienzeit hatte mich das Bild von Vermeer «Dorfstrasse» im Rijksmuseum in Amsterdam intensiv beschäftigt. Ich musste wirklich innehalten, als ich aus dem grossen Saal mit dem Riesengemälde der «Nachtwache» von Rembrandt kam, weil die verhältnismässig kleinformatigen Bilder Vermeers Zeit brauchen, um all die kleinteiligen «Nachrichten» zu entziffern, die das Bild bietet.

Zum anderen: Innehalten? Warum?

Man muss sich vorstellen: Ein Bild, das viele, viele Male reproduziert worden ist, über das viele Interpretationen geschrieben wurden, dieses «Brieflesende Mädchen am offenen Fenster» wird im Laufe der Restauration fast plötzlich für den Kunstbetrachter neu erfunden, ist neu zu interpretieren, bringt überhaupt viele Aspekte über Gemälde und ihre Geschichte ans Licht.

Da hatte jemand, vermutlich nach Vermeers Tod, veranlasst, ein für ihn vielleicht störendes oder sogar anstössiges Detail, nämlich einen nackten Putto oberhalb des Mädchenkopfes, zu übermalen. Und heute, wo es möglich ist, ein Bild zu durchleuchten, war klar: Da ist ein Eingriff geschehen, nicht vom Maler selbst, sondern später.

Und Experten haben beraten, ob man das Wagnis eingehen sollte, so einen Eingriff rückgängig zu machen. Eine Kommission beschloss, das Bild «Brieflesendes Mädchen» in den vom Maler konzipierten Zustand zurückzuführen.

Es ist beeindruckend, in Videos diesen Restaurationsvorgang zu verfolgen.

Innehalten! Neu sehen! Sich Gedanken machen, was jetzt zu sehen ist, vergleichen mit anderen Bildern Vermeers, mit Bildern von Kollegen, eine Schau von Werken aus der goldenen Zeit der niederländischen Malerei des 17. Jahrhunderts, die jetzt in der *Gemäldegalerie Alte Meister* in Dresden ausgestellt ist.

Wichtig zu wissen, dass man sich Karten für ein Zeitfenster besorgen muss, zu dem man



Johannes Vermeer: Brieflesendes Mädchen am offenen Fenster.
(Staatliche Kunstsammlung Dresden, Widener Collection)
(Bild © Gemäldegalerie Alte Meister, Wolfgang Kreischo)



Johannes Vermeer: Frau mit Waage.
(Washington National Gallery of Art)
(Bild Fotogalerie Vermeer-Ausstellung)

eingelassen wird. Gut daran ist, dass die Ausstellung nie überfüllt ist, obwohl man bleiben kann, so lange man möchte. Es ist wohlthuend ruhig dort, die Besucher lassen rücksichtsvoll jeden in Ruhe vor den Bildern stehen.

Die einzige Sitzbank steht im letzten Raum, wo auch das Bild «Brieflesendes Mädchen am offenen Fenster» hängt. Dort ist man endlich vor dem Bild, von dem man im Vorraum die Nahaufnahmen des Restaurierungsprozesses und von Farbanalysen sieht.

Die Aufforderung zum Innehalten gilt im Besonderen den Bildern von Jan Vermeer. Meist haben die Gemälde eine verborgene Bedeutung. Ein gebildeter Betrachter des 17. Jahrhunderts konnte wohl entschlüsseln, was der Putto mit Bogen bedeutete, der da noch auf eine am Boden liegende Maske tritt.

Wir Heutigen erkennen einen Amor, übersehen aber die Masken am Boden des gemalten Bildes im Hintergrund. Was sollen die bedeuten? Masken dienen der Verstellung, also der Falschheit. So bedeutet der Amor die Liebe, er tritt auf die Maske als Falschheit, also ist wohl die wahre Liebe gemeint.

Oder in dem Bild der «Frau mit der Waage». Sie hält inne, bis die Goldwaage im Gleichgewicht ist. Auf dem Tisch sieht man Perlenketten und Goldschmuck. Und auch wieder ein Bild im Hintergrund: Das jüngste Gericht, Christus als Weltenrichter. Dann könnte eine mitzulesende Bedeutung die Frage der Gerechtigkeit, der Ehrlichkeit oder sogar der Mildtätigkeit sein. Aber diese Hinweise stehen wirklich nur im Hintergrund. Jedes Bild ist eine Kostbarkeit.

Eine interessante Entdeckung gab es noch: Bei einigen der vergoldeten Rahmen fiel mir ein feiner Schnitt rundum etwa in der Mitte der Rahmenbreite auf, sogar Scharniere sah ich und ein winziges Schlüsselloch. Auf die Frage an den Aufseher, ob das ein Wechselrahmen sei, erklärte er, wohl froh um die Abwechslung, dass der König als Besitzer der Sammlung ausgewählten Besuchern einige Bilder ohne die Scheibe davor zeigte, um die Ölfarben noch schöner zum Leuchten zu bringen.

* Ausstellung: Johannes Vermeer. Vom Innehalten; 10.9.2021–2.1.2022 in der *Gemäldegalerie Alte Meister* im Zwinger Dresden – Staatliche Kunstsammlungen Dresden; Interessant ist auch das Video: *Die Restaurierung von Johannes Vermeers «Brieflesendes Mädchen am offenen Fenster»*.

«Beginnt die Freiheit beim Gamen?»

Fortsetzung von Seite 7

Spielekonsolen 4,4 Milliarden Euro erwirtschaftet worden seien, möchten die Antragsteller den Gaming-Standort Deutschland verbessern und es zum Know-how-Spitzenreiter machen. Dazu verlangen sie die Anerkennung von E-Sport als Sportart, mit dem Teamgeist, Sozialverhalten, Ausdrucksfähigkeit durch Sprache und Fremdsprache und Medienkompetenz vermittelt werde und die ausserdem Training, Fleiss und hervorragende motorische Fähigkeiten verlangen würde. Des weiteren beschreiben die Antragsteller die Online-Spiele als wichtiges Wirtschafts- und Kulturgut. Sie betonen die Bedeutung von *Serious Games* in Medizin, Therapie, Firmen, Militär und Bildung. Die Antragsteller verlangten unter anderem, eine umfassende Games-Förderung auf Bundesebene im Bundeshaushalt einzurichten und finanziell zu unterstützen und den «Deutschen Computerspielpreis zu einer Spitzenauszeichnung mit internationalem Leuchtturmcharakter zu machen.» Den mittlerweile rund 700 000 von Mediensucht betroffenen und behandlungsbedürftigen deutschen Kindern und Jugendlichen war ein einziger Satz gewidmet. Der Antrag wurde später abgelehnt. Die CDU, CSU und die SPD einigten sich jedoch darauf, 2019 dem Bundeshaushalt 50 Millionen Euro für die Einführung eines Games-Fonds zur Verfügung zu stellen, bis 2023 sollen jeweils weitere je 50 Millionen pro Jahr zur Verfügung gestellt werden. Es wurde als historischer Schritt für die Games-Förderung in Deutschland bezeichnet. – Auch die Schweizer Spieleentwickler suchten im Juli 2021 in einem Brief an den

Bundesrat um finanzielle Unterstützung angesichts der aktuellen Krise. Sie verstehen sich als Industrie, die an neuen visuellen Erzählweisen tüftelt und höchste künstlerische Ansprüche an sich selbst stellt, und betonen die Möglichkeiten, im weltweiten Markt für Computerspiele mitzutun, bei dem im vergangenen Jahr zwischen 160 und 173 Milliarden Dollar umgesetzt worden seien. Auf Bundesebene geht es um den Entwurf für ein Gesetz, mit dem «Minderjährige vor Inhalten in Filmen und Videospielen geschützt werden, die ihre körperliche, geistige, psychische, sittliche oder soziale Entwicklung gefährden können», im Bewusstsein darum, dass Kinder und Jugendliche aktuell nicht ausreichend vor beeinträchtigenden Inhalten geschützt sind und dies auch erschwert würde durch den globalen Kontext des Internets und die Internationalität des Marktes. Vorangegangen waren mehrere Motionen und Standesinitiativen, die teilweise ein vollständiges Verbot von gewaltverherrlichenden Videospielen gefordert hatten. Der Gesetzesentwurf konzentriert sich auf den Schutz der Jugend durch die Deklaration und Einhaltung von Altersbegrenzungen durch gut sichtbare Alterskennzeichnungen und zusätzliche Inhaltsangaben und der Förderung von Medienkompetenz.⁴

Gemeinsam am Problem arbeiten

Zurück zum Anfang und den Bemühungen Chinas, die mentale und körperliche Gesundheit der heranwachsenden Generation zu schützen, wie es die Aufgabe jedes Staates ist. Wäre es nicht an der Zeit zu überdenken, was wir unseren Kindern und Jugendlichen als «geistige Nahrung» zur Verfügung stellen (oder auch zumuten)? Sich weltweit zu

verbinden, den Bemühungen anderer Länder mit Respekt zu begegnen, gegenseitige Erfahrungen auszuwerten und voneinander zu lernen? Vielleicht wären da die Überlegungen des *Tien Haibo*, eines chinesischen Online-Spielentwicklers, kein schlechter Ratgeber, der angesichts der neuen Regelungen meinte: «Wer glaubt, dass ihm durch diese Politik Geschäftschancen verlorengehen oder dass sein Geschäftsmodell darunter leidet, produziert wahrscheinlich Inhalte, die es verdienen, vom Markt genommen zu werden. Ein gesunder Gaming-Markt sollte solche Spiele gar nicht hervorbringen.»

LESER  BRIEF

Mit einem Bruchteil der weltweiten Militärausgaben könnte die Armut beseitigt werden

811 Millionen Menschen auf dieser Erde hungern. 41 Millionen stehen am Rande einer Hungersnot. Positiv erwähnen muss man, dass es heute dem *World Food Programm* und Hilfswerken oft gelingt, die grösste Not zu lindern. Doch die Not ist vielerorts zu gross: In Somalia werden vom Oktober bis Dezember 2021 3,5 Millionen Menschen humanitäre Hilfe benötigen. Somalia hat etwa 14,4 Mio. Einwohner. Etwa 1,2 Millionen Kinder unter fünf Jahren sind in Somalia akut unterernährt und benötigen Hilfe. Dürren, Überschwemmungen, die Heuschreckenplage und der Bürgerkrieg, der seit 30 Jahren im Gange ist, sind die Hauptgründe für die Hungerkrise in Somalia. Unsere Organisation *Swisso Kalmo* ist seit über dreissig Jahren in diesem Land tätig (www.swisso-kalmo.ch). 7,4 Milliarden US-Dollar betrug

das Budget des *World Food Programm* im Jahr 2021, aber 12,3 Milliarden US-Milliarden würden eigentlich benötigt. Das ist sehr viel Geld. Aber wenn man diese Summe mit den weltweiten Rüstungsausgaben vergleicht, sind 12,3 Milliarden US-Dollar sehr wenig. 1981 Milliarden US-Dollar, so viel Geld investierten Länder weltweit im vergangenen Jahr in ihre Armeen. Das ist 161mal mehr, als das Welternährungsprogramm benötigen würde, um die grösste Not auf unserer Erde zu lindern. Mit einem Bruchteil der weltweiten Militärausgaben wäre es möglich, allen Menschen genügend Nahrung und sauberes Trinkwasser zu verschaffen, sie medizinisch zu betreuen, und es allen Kindern zu ermöglichen, eine Schule zu besuchen.

Heinrich Frei, Zürich